

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Im Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postträger und Geschäftsstellen sind zu bezeichnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.



Wilsdruff-Dresden
Volksred.: Dresden 2640
Donnerstag, den 30. Juni 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 151 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksred.: Dresden 2640 Donnerstag, den 30. Juni 1932.

Die Revision von Versailles gefordert.

Wehrhoheit und Abschaffung der Tribute!

Die deutschen Forderungen.
Amlich wird von deutscher Seite in Lausanne folgendes Communiqué veröffentlicht: „Die Darstellung, die die französische Presse über die Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende: Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichskanzler betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluss zu machen, und daß aus denselben Gründen eine wie immer geartete Schlusszahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könnte. Die gleiche Haltung bezüglich Streichung der Reparationen und Unmöglichkeit einer Schlusszahlung hat die deutsche Delegation in den unmittelbaren Auseinandersetzungen mit der französischen Delegation am 27. Juni eingenommen. In der Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete Macdonald die Frage an den Reichskanzler, ob er seinerseits nicht irgend etwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen. Der Reichskanzler hat daraufhin ausgeführt: Das Vertrauen der Welt könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werden, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zur Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollständige Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.“
Das Communiqué hat in internationalen Konferenzen das größte Aufsehen erregt.
Der Hinweis auf die Beseitigung der „Diskrimination des Versailler Vertrages“ wird dahin ausgelegt, daß die deutsche Regierung in folgerichtiger Weiterführung ihres bisherigen Abrüstungsstandpunktes die Beseitigung des Teiles 5 (Abrüstung) und des Teiles 8 (Reparationen) des Versailler Vertrages fordert und nur unter diesen Bedingungen sich bereit erklärt, gewisse finanzielle Lasten für die Zukunft in der Form eines Beitrages zu der geplanten Wiederaufbaukasse zu tragen, die für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Deutschlands und der Welt verwandt werden soll.

Französische Erregung.

Die Wirkung der deutschen Erklärung.
Wie nicht anders zu erwarten war, werden die amtlichen deutschen Erklärungen von der französischen Presse als ein Sabotageversuch und eine Torpedierung der Konferenz bezeichnet. Die Erregung in französischen Kreisen ist außerordentlich groß. Die Vorwürfe gegen Deutschland finden keine Grenze. Von deutscher Seite ist eine derartige Reaktion auf die deutschen Erklärungen vorausgesehen und mit der größten Ruhe aufgenommen worden.

Sonderauschuß für Wirtschafts- und Handelsfragen.

In Lausanne wird weiterberaten.
Die sechs einladenden Mächte der Lausanner Konferenz beschließen einen Sonderauschuß für die Wirtschafts- und Handelsfragen einzusetzen, der aus den Wirtschafts- und Handelsministern der einladenden Mächte unter dem Vorsitz des belgischen Handelsministers Dumans besteht und unverzüglich zusammentreten wird.
Dieser Ausschuß soll keine neuen Pläne ausarbeiten, sondern nach englischen Mitteilungen im wesentlichen die kommende Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten.
In der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte ist, wie gleichfalls von amtlicher englischer Seite betont wird, mit keinem Wort von einer Unterbrechung oder Vertagung der Konferenz die Rede gewesen.
Sämtliche Delegationen seien sich in dem Wunsch einig gewesen, die Verhandlungen der Konferenz mit allen Mitteln weiterzuführen. Als die Hauptaufgabe der Konferenz ist von neuem die endgültige Regelung der Tributfrage bezeichnet worden. Sobald diese Frage geregelt ist, sollen unverzüglich die Arbeiten der

Konferenz in eine allgemeine grundsätzliche Vorbereitung der kommenden Weltwirtschaftskonferenz umgewandelt werden.

Herriot erklärt: Die Konferenz geht weiter.

Der französische Ministerpräsident Herriot machte nach dem Abschluß der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte am Mittwoch Spätnachmittag der internationalen Presse die Mitteilung: „Die Konferenz geht weiter. Die Arbeiten werden weiter fortgesetzt. Ich persönlich bin weder pessimistisch noch optimistisch und sehe es als meine vornehmlichste Aufgabe an, die Lage mit Ruhe und kaltem Blut zu beurteilen.“

Amtliche Mitteilung über die Besprechungen in Lausanne.

Bildung von Büro über die Reparations- und die Wirtschaftsfragen.
Über die neuerliche Sitzung der sechs einladenden Mächte wird folgende amtliche Verlautbarung bekannt gegeben:
Die Führer der Delegationen der sechs einladenden Mächte sind heute nachmittag im Chateau d'Origny zusammengetreten. Der Präsident der Konferenz berichtete über den gegenwärtigen Stand der Konferenzarbeiten. Es ist beschlossen worden, ein Büro, das sich aus dem Präsidenten und je einem Vertreter der sechs einladenden Mächte zusammensetzt, einzusetzen. Das Büro soll die gegenwärtige Lage der Reparationsbesprechungen im Lichte der bisherigen Unterhandlungen prüfen. Es ist beauftragt worden, einen Bericht mit Empfehlungen den Führern der sechs Mächte in möglichst kurzer Frist vorzulegen.
Die Führer der Delegationen der sechs Mächte haben ferner die Handelsminister der sechs Mächte ersucht, zusammenzutreten, um diejenigen Fragen zu prüfen, die mit der zweiten Aufgabe der Lausanner Konferenz, den Maßnahmen zur Überwindung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zusammenhängen, und zwar in Vorbereitung einer weitergehenden Konferenz, die diese Fragen näher prüfen soll. Der Präsident der Konferenz ist ermächtigt worden, einen Vertreter der W.Z. aufzufordern, nach Lausanne zu kommen, wenn die technischen Arbeiten der Konferenz dies wünschenswert erscheinen lassen.
Außerdem ist der Präsident ermächtigt worden, falls er es für wünschenswert hält, die Zuziehung von Vertretern von Ungarn und Bulgarien zu veranlassen.

Able politische Brunnenvergiftung.

Scharfe deutsche Erklärung gegen die Habas-Lügen.
Zu der Meldung der Habas-Agentur, nach der der Reichskanzler in seiner heutigen Vormittagsunterredung mit Herriot die Frage der Disparitäten und der Aufrüstung Deutschlands aufgeworfen haben soll, wird von zuständiger deutscher Stelle ausdrücklich festgestellt, daß es sich bei dieser Habas-Meldung um able Brunnenvergiftung handelt. In der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Herriot sind die in der Habas-Meldung erwähnten Punkte überhaupt nicht berührt worden. Es ist ausgeschlossen, daß über die Unterredung von deutscher Seite irgendwelche Mitteilungen gemacht worden sind, da der Reichskanzler ausschließlich dem Reichsaussenminister von Neurath über den Verlauf der Unterredung unterrichtet hat.

Große grundsätzliche Rede MacDonaldis.

Lausanne, 29. Juni. Der englische Ministerpräsident MacDonald hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reparationskonferenz in der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte vom Mittwoch eine große Rede gehalten, die entgegen allen Gepflogenheiten im Wortlaut veröffentlicht wird und die ein zusammenfassendes Programm der gesamten gegenwärtigen und künftigen internationalen Verhandlungen darstellt. Der englische Ministerpräsident hat in seiner Rede folgendes ausgeführt:
Die Lausanner Konferenz hat zwei Aufgaben:
1. Endlösung der Reparationsprobleme,
2. Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Krisis.
Diese zweite Aufgabe kann jedoch nur gemeinsam mit der amerikanischen Regierung gelöst werden. Die gegenwärtige Konferenz muß daher in allererster Linie das Reparationsproblem lösen und dann die nötigen Vorbereitungen für die kommende Weltwirtschaftskonferenz treffen. In der ununterbrochenen Rei-

he von privaten Besprechungen der letzten zwei Wochen ist zwar keine vollständige Übereinstimmung zustande gekommen, jedoch besteht allgemeine Übereinstimmung sämtlicher Mächte in folgenden Punkten:

1. Die Übertragung von Zahlungen von einem Lande in das andere führt zu einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Krisis.
 2. Die Befreiung eines Schuldnerstaates von seinen Zahlungen, die er selbst nicht mehr tragen kann, führt lediglich zur Übertragung der Last auf den Gläubigerstaat.
 3. Die gesamten internationalen Schulden, die Reparationen und die Kriegsschulden müssen der gegenwärtig gefährdeten Weltwirtschaftslogik unverzüglich angepaßt werden, um eine weitere Katastrophe zu verhindern.
 4. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Stabilität der Währung Deutschlands aufrecht zu erhalten und die energischen Maßnahmen der deutschen Regierung auf diesem Gebiet dauernd zu sichern.
 5. Die Lausanner Konferenz muß mit einer positiven möglichst endgültigen Lösung endigen und der allgemeinen Regelung der Frage gemeinsam mit den Vereinigten Staaten angepaßt werden.
 6. Die auf der Lausanner Konferenz zu findende Endlösung muß zu einer Wiederherstellung des Vertrauens führen, die unerlässlich ist für die Wiederbelebung der Kredite und des internationalen Handels.
 7. Die künstliche Übertragung von Zahlungen, die die internationalen Zahlungsbilanz nicht untergrabe, kann nur auf dem normalen Wege des internationalen Handels und die hierdurch geschaffene Zahlungsfähigkeit vorgenommen werden.
 8. Deutschland ist gegenwärtig nicht in der Lage, Reparationszahlungen zu leisten.
- Macdonald führte dann weiter aus, daß die Konferenz jetzt in allererster Linie das außerordentlich heikle und schwierige Problem der deutschen Reparationszahlungen zu lösen habe. Er werde persönlich zu diesen Fragen keine Stellung nehmen, da seine Auffassung bei der einen oder der anderen Seite auf Widerstand stoßen könnte. Die bisherigen Verhandlungen hätten jedoch bereits zu bestimmten eindeutig feststehenden Punkten geführt. Aus diesem Grunde habe er die übrigen Mächte ersucht, durch Bildung eines Ausschusses, in dem sämtliche einladenden Mächte vertreten seien, ihm in der endgültigen Lösung der Frage zu helfen. Auf diesem Wege werde es möglich sein, festzustellen, was endgültig geklärt sei und was in den direkten Besprechungen noch geregelt werden müsse. Die Konferenz müsse jetzt in einzelnen Stufen vorgehen. Die erste Aufgabe sei die Reparationslösung. In den übrigen Fragen, Abrüstung, politischen Abkommen usw., müsse die gegenwärtige Konferenz eine allgemeine Erklärung abgeben. Jede einzelne teilnehmende Macht müsse sich verpflichten, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um in den allernächsten Monaten eine Verständigung in diesen Fragen herbeizuführen. Jedoch dürfe die endgültige Regelung der Reparationsfrage nicht hinausgeschoben werden. Eine vollständige Verständigung hierüber müsse erzielt werden.

Kein deutsches Angebot von drei Milliarden.

Lausanne, 29. Juni. Zu den am Mittwoch abend in internationalen Kreisen der Lausanner Konferenz in Umlauf gesetzten Gerüchten, die deutsche Abordnung habe sich zu einer Abschlußzahlung von drei Milliarden Goldmark im Fall einer endgültigen Regelung der Tributfrage bereit erklärt, wird von zuständiger Stelle ausdrücklich festgestellt, daß ein dergleichen Vorschlag selbstverständlich in keiner Weise erfolgt sei. Da trotz der Dementis von deutscher Seite diese Gerüchte sich hartnäckig aufrechterhalten, und von allen Seiten telefonische Anfragen bei der deutschen Abordnung eintreffen, hat sich die Presseabteilung der deutschen Abordnung veranlaßt gesehen, in der Pressezentrale der Konferenz im Palace-Hotel einen Anschlag anzubringen, in dem kategorisch erklärt wird, daß dergleichen Gerüchte in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Zu einer Nachsitzung zusammengetreten.

Lausanne, 29. Juni. Das Büro der Lausanner Konferenz, dem die Vertreter der sechs einladenden Mächte angehören, ist infolge des Beschlusses auf der Mittwochnachmittagsitzung der sechs Mächte in den späten Abendstunden in den Privaträumen des englischen Ministerpräsidenten zu einer Nachsitzung zusammengetreten. Die deutsche Abordnung ist in der Sitzung durch Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und den Staatssekretär von Bülow vertreten. Zur Verhandlung gelangen ausschließlich die Vermittlungsvorschläge, die von englisch-französischer Seite in der Tributfrage gemacht werden. Im Mittelpunkt steht gegenwärtig ausschließlich der Plan der Schaffung einer gemeinsamen Kasse zum Wiederaufbau Europas, an dem sich jedoch die deutsche Regierung über den rechnerisch auf jeden einzelnen Staat entfallenden Anteil hinaus zu weiterer Beitragszahlung nur unter den vom Reichskanzler in den bisherigen Unterredungen zum Ausdruck gebrachten Bedingungen beteiligen kann.

Die neue Notverordnung.

Die amtliche Begründung.

Der Reichsinnenminister hat der Notverordnung eine Begründung mitgegeben, in der er sich auch gegen die verschiedenen Angriffe wendet. Er führt dabei aus:

Mit der Verordnung vom 28. Juni gegen politische Ausschreitungen haben die Maßnahmen der Reichsregierung auf diesem Gebiete ihren Abschluß gefunden. Allgemeine Verbote von Umzügen und das Tragen einheitlicher Kleidung können hinfort für das ganze Reich oder einzelne Teile nur noch vom Reichsminister des Innern erlassen werden. Die Pflicht und das Recht, Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Einzelfalle zu treffen, liegen den Ländern ob, die allein über Polizeikräfte verfügen, während das Reich Exekutivorgane nicht besitzt. Diese Regelung entspricht der Reichsverfassung, die grundsätzliche Regelungen dem Reich, Ausführungen den Ländern überweisen hat. Von einem unzulässigen Eingriff in die Rechte der Länder kann bei dieser Sachlage keine Rede sein. Der Reichsinnenminister hat diese Aufgabe im vollen ungetrübten Einvernehmen mit dem Gesamtkabinett durchgeführt. Es hat dabei keine Schwankungen und kein Nachgeben vor Einflüssen von irgendeiner Seite gegeben. Das einmal klar erkannte Ziel ist mit der in einer so wichtigen Sache unbedingt notwendigen Ruhe und Sachlichkeit erreicht worden.

Die amtlichen Ausführungen berichten dann von den schon bekannten Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern, und schließen diesen Abschnitt mit dem Satz: Nachdem am 28. Juni die Antworten vorlagen und amtlich feststand, daß einig Regierungsorgane an ihren allgemeinen Verbotsbefugnissen, wurde der Verordnungsentwurf zur endgültigen Regelung dem Reichspräsidenten vorgelegt und von ihm vollzogen.

Dann beschäftigte sich die amtliche Begründung mit der Kritik der Öffentlichkeit an dem Vorgehen der Reichsregierung.

Der Versuch, zunächst im Verhandlungswege eine Verständigung zu erzielen, ist mit Unrecht von einem Teil der Öffentlichkeit getadelt worden. Denn er entspricht nicht nur den bisher in Deutschland üblichen Gepflogenheiten des Verkehrs zwischen Reich und Ländern, sondern war ein Gebot politischer Notwendigkeit. Die Regierungen der Länder sind keine nachgeordneten Stellen des Reichsinnenministeriums, denen Befehle und Erlasse zugestellt werden, sondern selbständige verfassungsmäßige Organe der Glieder des Reiches. Erst nachdem der Weg der Verhandlung nicht zum Ziel geführt hatte, schien eine reichsrechtliche Regelung am Platze. Die Aufregung, die besonders in Versammlungsdreden und Presseäußerungen Süddeutschlands bedauerlicherweise zutage trat, entbehrt der inneren Berechtigung. Es handelt sich hier nicht um eine angeblich willkürliche Vergewaltigung von Länderrechten, sondern um die reichsrechtliche Regelung einer innenpolitischen Frage für das ganze Reich, wie sie regelmäßig dann vorgenommen werden muß, wenn die Verschiedenartigkeit der Rechtsverhältnisse untragbar geworden ist. Dieser Zustand war in der Verhandlung großer über das ganze Reich verbreiteter Parteien und Verbände zutage getreten und bedurfte dringend der Abhilfe.

Die Maßnahmen der Reichsregierung waren auch nicht neu. Die Verbote z. B. über das Verbot der einheitlichen Kleidung und die Aufhebung der SS- und SA-Führer vor Monaten vom Reich gegen den Willen einzelner Länder erlassen und durchgesetzt worden, ohne daß ein Einspruch gerade der Länder erfolgt wäre, deren Bevölkerung heute zum Teil in den neuen Bestimmungen eine Vergewaltigung sehen zu müssen glaubt.

Nach den Erklärungen der einzelnen Regierungen besteht bei der Reichsregierung kein Zweifel, daß die neuen Bestimmungen als Reichsrecht auch lokal durchgesetzt werden. Die vielfach geäußerten

Bedenken gegen die wieder gewährte Freiheit sind übertrieben. Es war voraussehen, daß in der Übergangszeit hier und da Schwierigkeiten eintreten würden, bis die Öffentlichkeit sich an die veränderten Verhältnisse gewöhnt hat. Dieser Übergang ist von kommunistischer Seite zu überfallen und drücklichen Störungen der Ordnung planmäßig benutzt worden. Die energische Abweiskung dieser Störungsversuche ist allein Sache der Länder, deren Polizei stark genug ist, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Die Reichsregierung hat zur Zeit keine Veranlassung, irgendwelche Ausnahmemaßregeln zu ergreifen. Sie wird die Entwicklung genau beobachten und, falls wider Erwarten die Gefahr ernster Aufhebungen ihre Schatten vorauswerfen sollte, nicht zögern, das dann Notwendige zu tun.

Die amtliche Begründung schließt mit folgender Mahnung:

An die politischen Parteien und die Presse aller Richtungen muß die erste Mahnung ergehen, die Dinge ruhiger als bisher zu betrachten und zu besprechen. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, das Gespenst von Unruhe immer wieder aus parteiaktischen Erwägungen an die Wand zu malen. In diesem Augenblick entscheidender Verhandlungen sind Selbstzweifel und Ruhe notwendiger denn je. Es ist zu hoffen, daß die Ruhe und Festigkeit, mit denen die Reichsregierung diese innenpolitische Frage heute behandelt, von der deutschen Öffentlichkeit verstanden und auch von ihr gewahrt wird.

Der Wortlaut der neuen Verordnung

Die zweite Verordnung gegen politische Ausschreitungen trägt das Datum vom 28. Juni 1932. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. 1. allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, 2. im übrigen nur im Einzelfalle. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die

öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot der Landesbehörden Bedenken, so kann er die Landesbehörde um Änderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2. Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3. Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefördert oder angereizt wird, können politisch beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die oberen Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Die neuen Bestimmungen für Versammlungen und Aufzüge.

Gleichzeitig mit der zweiten Verordnung gegen politische Ausschreitungen ist eine Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge verkündet worden. Danach wird für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgehoben werden, wenn sie nicht angemeldet, wenn sie verboten sind, wenn von den Angaben in der Anmeldung abwichen, oder wenn einer Auflage zuwider gehandelt wird.

Außerdem sind gewöhnliche Zeichenbegänge, die hergebrachten Feste von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wittgänge und Wallfahrten.

§ 2. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer ohne Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben, oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet, leitet oder dabei als Redner auftritt, oder für eine Versammlung, die nicht angemeldet oder verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt. Mit Geldstrafe bis zu 100 Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die nicht angemeldet oder die verboten sind. Die Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eintrat.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt.

Die Bayerische Staatszeitung zur neuen Notverordnung.

In der neuen Notverordnung der Reichsregierung schreibt die Bayerische Staatszeitung, die tagelangen Vorlesungen der Länder hätten zu nichts geführt. Auch der von dem bayerischen Ministerpräsidenten an Herrn von Hindenburg geschriebene Brief habe außer einem höflichen Antwortschreiben keine Wirkung mehr gehabt. Es sei alles vergebens gewesen. Die sämtlichen Maßnahmen der Reichsregierung seien in ihren Auswirkungen eine bedeutende Lockerung der bisherigen Länderbestimmungen. Die neue Notverordnung sei und bleibe ein schwerer Eingriff in die Volkshoheit der Länder, die guten Willens seien. Das Blatt schließt: Wir gehen schweren Zeiten entgegen, Zeiten, die vielleicht mit Blut ihr Andenken in die neuere deutsche Geschichte einschreiben werden. Um im Rahmen des Möglichen wenigstens vom bayerischen Staatsgebiet die Anwaltpolitik der Straße einigermaßen fernzuhalten, erwacht nun für die bayerischen verantwortlichen Stellen die selbstverständliche Pflicht, die Bestimmungen dieser Notverordnung, solange sie nicht zu befeitigen sind, auszuschnüffeln.

Die Notverordnung über den Reichshaushalt unterzeichnet.

Berlin. Die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die der Reichshaushalt in Kraft gesetzt wird, ist heute unterzeichnet worden.

Severing lehnt ab.

Berlin. Der preussische Innenminister Severing hat das Ersuchen des Reichsinnenministers von Graf, den sozialdemokratischen „Vorwärts“ und das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung“ für je fünf Tage zu verbieten, abgelehnt. Preußen wird nun den zuständigen Senat des Reichsgerichts erstufen, da es die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot der genannten beiden Blätter als nicht für gegeben ansieht. Eine ausführliche Begründung für das Verhalten des Innenministers wird folgen.

Deutscher Landgemeindetag.

Präsident Landrat a. D. Dr. Gerde-Pressel hat den engeren und den Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages zu einer Sitzung zusammenberufen, die am 2. Juli in Koblenz abgehalten werden soll.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 30. Juni 1932.

Werkblatt für den 1. Juli.

Sonnenaufgang 3⁵⁷ | Mondanfgang 1⁰⁸
Sonnenniedergang 2²⁸ | Mondniedergang 12⁰⁸
1646: Der Philosoph Gottfried Wilhelm v. Leibniz geb.

Juli.

Klingt im Wind ein Wiegenlied,
 Sonne warm herniedersteht,
 Seine Ahnen senkt das Horn,
 Rote Beere schwillt am Ast,
 Schwer von Segen ist die Furt ...

So beginnt ein kleines Gedicht vom Theodor Storm, und es ist „Juli“ überschrieben und enthält in den wenigen Verszeilen alles, was den Juli kennzeichnet. Die Ahnen reifen in der warmen Sommerhitze der Ernte entgegen, und der Wind streicht leise über ihre Hüften. Der Juli ist der Erntemonat, der Monat der Reife und der Frucht, und selbst der Dornbusch steht in Frühlings. Und wir können nur hoffen und wünschen, daß uns dieser Monat, daß uns der Juli dieses Jahres wirklich Segen bringe, nicht nur den Segen der Blumen und der Felder, sondern auch Segen in allem anderen und überall. Wir wollen nicht vergessen, daß es ein inhaltsreicherer Juli ist, dem wir entgegengehen: Konferenzen, die über unsere Zukunft, über Deutschlands Schicksal entscheiden sollen, sind im Gange und schreiten fort, und auf des Monats letzten Tag fällt die Reichstagswahl, die gleichfalls froh von Entscheidungsmöglichkeiten. Julimond — Neimond!

Damit aber ist der Juli noch nicht völlig in seinem Wesen erfasst. Als Monat des Ferienbeginns und der Dauerferien hat er für viele Teile unseres Landes eine ganz besondere Bedeutung, und groß und klein sieht ihn mit Freude haben, wenn auch die Freude in diesem Jahre erklärlicherweise etwas gedämpft ist, weil alles ein bißchen hin und her schwankt. Aber schließlich wollen und dürfen wir uns darum unser Vergnügen am Juli nicht nehmen lassen, zumal wenn das Wetter hielte, was die Wetterpropheten schon im Winter für den Sommer versprochen haben, nämlich, daß er nach den vielen schlechten und mäßigen Sommern, die wir in den letzten Jahren hatten, alle durch besondere Schöne wieder gutmachen werde. Es braucht darum nicht gleich für den ganzen Juli eine Hundstagshitze zu werden — das wäre des Guten wieder etwas zu viel. Wenn in den richtigen Hundstagen, die ja auch im Juli beginnen, ein wenig Hitze mehr sein sollte als sonst, so wollen wir das hinnehmen — im übrigen aber wären wir schon zufrieden, wenn es ein brauchbares Ernte- und Ferien- und Wahlwetter gäbe mit vernünftigen Neaumur- oder Gelsinsgärten, Hoffentlich machen uns die Postage des Juli, die Tage, die auf das Wetter einer ganzen Periode Einfluß haben sollen, unser Juliwetter nicht zuschanden. Für alle Fälle wollen wir sie im Auge behalten: es sind der 2. Juli (Maria Heimsuchung), der 10. Juli (Sieben Brüder, nicht zu verwechseln mit den Sieben Schläfern, die wir bereits hinter uns haben), der 13. Juli (St. Margareta) und der 25. Juli (St. Jakob). Aber alle diese Tage lieg in den Wauernregeln und in alten Kalendern einiges nachzusehen.

Seiney Namen hat der Juli von Julius Cäsar, der in diesem Monat geboren wurde. Sagen einige. Andere aber behaupten, daß der Name irgendwie mit dem Julfest der nordischen Völker zusammenhänge, einem Fest, das zur Zeit der Wintersonnenwende gefeiert wurde. Um den Juli herum aber ist Sommerfestenwende, und wegen der Sonnenwende soll man den Namen „Juli“ übernommen haben — was aber nicht ganz wahrscheinlich ist. Vor dem erwähnten Cäsar hieß, was wir heute Juli nennen, „Quintilis“, von dem lateinischen Zahlwort „quinque“, das fünf bedeutet. Der heutige Juli war nämlich im römischen Kalenderjahrs, das mit dem März begann, der fünfte Monat. Unsere Vorfahren aber hießen den Juli „Jenmonat“, weil in ihm der Schluß der Heuernte, die im Juli begonnen hat, fällt. Und hiermit beschließen wir die Deutung des Juli, um ihn persönlich aufzutreten zu lassen.

Das Schützenfest. Wieder lag Sonne über unserm Städtchen als gestern die Wilsdruffer Kinder Blumen- und Blütenkränze schmiedeten im festlichen Zuge vom Unteren Parke durch die Stadt nach dem Schützenplatze zogen. Voran mit den Allerleinsten die Gnomenspieler, dann der Spielmannszug des Turnvereins V. und schließlich die größeren Kinder mit einer weiten Musikpelle, deren schneidige Weisen den Marsch erleichterten. Sofort nach dem Eintreffen des Zuges auf dem Schützenplatze entwickelte sich dortselbst reges Leben und Treiben, das in den Saal verlegt wurde, als sich das heraufziehende Gewitter durch Regen zu entladen drohte. Es sah zeitweise ganz gefährlich aus und ist in Dresden-Mohrburg auch ziemlich schwer aufgetreten, aber bei uns zog es mit einem kurzen Regenschauer vorüber, so daß das Fest keinerlei Beschränkung erfahren brauchte. Zunächst erhielten die Kinder im Schützenhaus Kaffee und Kuchen und dann ging abteilungsweise hinaus zu frohem Spiel. Da wurde von den Mädchen die Meißner Bräute gebaut, Rosalinde gesucht usw., während die Knaben mit Sackhüpfen, Ballspiel oder Preisschießen sich vergnügten. Und dann zweimal Karussell- oder Luftschauelfahren, und zur Abwechslung Besuch bei Kaspern, der im Parke sein Zelt aufgeschlagen hatte. Als sich der Hunger meldete, gab's Würstchen und Semmel. Nur zu bald für die Kinder sank die Dämmerung hernieder, buntfarbige Lampions flammten auf und ordneten sich zum Zuge, der mit Musik und bei Puntfeuer bis zum Markte zog, wo Schühewortsteher Berthold in seiner Ansprache daran erinnerte, daß das Kinderfest in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückzuführen konnte und daß es noch wie vor die Heimatliebe in den Herzen der Kinder stärken will. Er dankte dem Ausschuhvorstehenden Wehner und allen seinen Helfern und Helferinnen, sowie den Sponsern von Goben. Dem Choral „Nun danket alle Gott“ ließ das Orchester den großen Zapfenstreich folgen. Dann gestirten die bunten Lampions nach allen Richtungen auseinander.

Zur letzten Ruhe bestattete man gestern wiederum einen wertgeschätzten Mitbürger, den Schneidemeister Curt Beld. e. Plage ihn auch lange schon ein hartnäckiges Leiden, so kam sein Hinscheiden nun doch plötzlich und überraschend. Er war ein treuer Freund des deutschen Liedes, wofür ihn der „Sängertranz“ auf dem letzten Gange geleitete und ihm zum Abschied den alten Barbersdorfer „Stumm schließt der Säger“ als letzten Gruß darbrachte.

Tagespruch.

Ich will von dir, was keine Zeit zerstreut, Nur Schönheit, die die das Herz verleiht; Ich will von dir, was nie der Welt gehört, Die engelreine Kindlichkeit. Hoffmann v. Fallersleben.

Für Schweiz-Reisen 500 Mark mehr.

Zusatzgenehmigung von Devisen für deutsche Erholungsreisende. Zwischen Vertretern des Schweizerischen Bundesrats und der deutschen Regierung ist in Bern eine Abmachung unterzeichnet worden, die die Regelung der Devisenzuteilung für deutsche Erholungsreisende, die sich nach der Schweiz begeben wollen, bezweckt. Diesen Reisenden wird eine Zusatzgenehmigung von 500 Mark erteilt, so daß sie an Devisen monatlich über 700 Mark verfügen können. Für den Besuch schweizerischer Erziehungsanstalten wird dieser Betrag auf 500 Mark festgesetzt. Das bisher vorgeschriebene amtärztliche Zeugnis kommt in Wegfall. Andererseits wird die Schweiz, gestützt auf den Bundesratsbeschluß über den Kompensationsverkehr, die Einfuhr von Rohle, Holz und Kork sowie von Zucker und Salz aus Deutschland im bisherigen Ausmaß belassen. Über die weitere Regelung des Warenverkehrs werden am 7. Juli Verhandlungen in Bern aufgenommen werden. Das Abkommen gilt auf drei Monate, d. h. bis Ende September 1932.

Gegen die Schlachtfleuer.

Deutscher Fleischerverbandstag. Auf dem in Dortmund tagenden 52. Deutschen Fleischerverbandstag wurde nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Schneidewind-Köln einstimmig eine Entschließung gegen die Schlachtfleuer angenommen, die eine Sonderbelastung des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Verbraucher bedeuere. Der Verbandstag fordere von der Regierung die Aufhebung der Schlachtfleuer. Von dem Beschluß, einen allgemeinen Käuferstreik der Fleischer auf den Viehmärkten auszurufen, wurde vorläufig Abstand genommen.

Kurze politische Nachrichten.

Der König von Siam unterzeichnete nach Vornahme einiger kleiner Abänderungen die neue siamesische Verfassung, deren Grundzüge folgende sind: die oberste Gewalt geht vom Volk aus und wird in dessen Namen vom König, dem Senat, dem Ausschuß der Volkspartei und dem Gericht ausgeübt. Das bestehende Nachfolgerecht für den königlichen Thron bleibt aufrecht erhalten.

Im Zusammenhang mit einem Vorfall auf dem Madrider Truppenübungsplatz, auf dem während der Schlußsprache an die Kriegsschüler ein Pataillonskommandeur verächtliche Äußerungen über die Republik machte, wurden der Generalfeldmarschall Godeb sowie die Kommandeure der Madrider Division und der ersten Brigade zur Disposition gestellt.

Aus dem Bericht über die Entwicklung des Meißner Bezirkes

vom 1. April 1931 bis 31. März 1932

1. Fortsetzung

Jugendwohlfahrtspflege. Im Meißner Bezirk sind vier Amtsvormünder tätig, die am Schluß des Berichtsjahres 2802 Mündel und Pflegebefohlene zu betreuen hatten. Das Arbeitsgebiet des hiesigen Amtsvormundes ist auf die Amtsgerichtsbezirke Kompaßsch (außer Stadt Kompaßsch) und Wilsdruff beschränkt. Die Zahl der Betreuten beträgt hier 736. Der Zugang betrug 144, der Abgang die gleiche Zahl. Von den Mündeln sind untergebracht in Familien 674, in Anstalten 28, im Dienst- bzw. Lehrverhältnis stehen 63 und bei der Reichswehr 1.

An Mündelgeldern wurden insgesamt 30 917,70 RM vereinnahmt, und zwar: a) Unterhaltszahlungen von Kindesvätern 21 590,60 RM.; b) Leistung von Versicherungsgeldern (Renten nach dem RVG und von der Angestellten-, Invaliden- und Unfallversicherung, sowie Kinderzuschläge nach dem RVG), 17 145,93 RM.; c) Arbeitslohnüberschüsse von im Erwerbsleben stehenden Mündeln 928,08 RM.; d) Schulentschuldungsbeträge für zehn Mündel vom Bezirk 250,— RM.

Als Sparguthaben für Mündel wurden im Berichtsjahr angelegt 10 891,39 RM. Der jetzige Gesamtwert der Mündelersparguthaben beträgt 35 883,84 RM.

In seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand wurde das Jugendamt in 132 Fällen in Anspruch genommen. Unter Schutzaufsicht standen am Schluß des Berichtsjahres 52 Minderjährige, davon sind 29 männlichen und 23 weiblichen Geschlechts. Ferner wurden 52 Minderjährige, für die andere Jugendämter zuständig, in deren Auftrag betreut.

In Fürsorgeerziehung und Öffentliche Erziehung gemäß § 26 WPFG. standen Ende März 1932 37 Minderjährige. Davon sind 26 männlichen und 11 weiblichen Geschlechts.

Jugendgerichtshilfe. Pflegekinder waren am Schluß des Jahres 1217 in 571 Pflegestellen vorhanden.

Gemeindefürsorgeverband.

In der Fürsorgeabteilung waren an Unterstützungen zu leisten:

- a) für Wohlfahrtserwerbslose = 411 026,— RM.
b) für Mittellose = 58 104,— RM.
c) für hilfsbedürftige Minderjährige = 62 617,— RM.
d) für Waisenfürsorge = 1 992,— RM.
e) für Anhaltspfürsorge (einschließlich Krankenhausekosten) = 187 600,— RM.

In Anstalten (einschließlich Krankenhäusern) waren 312 (353) Personen untergebracht. In der Abteilung Jugendamt betrug die Zahl der Mündel und Pflegebefohlenen am 31. 3. 1932 = 1427 gegenüber 1277 am Schluß der Vorjahrs.

Unterhaltskosten waren notwendig in 68 (58) Lohnsicherungen in 147 (148) Fällen. Für auswärtige Jugendämter wurden 23 Prozesse vertreten.

An Unterhaltsgeldern wurden 85 287,— RM. vereinnahmt.

Im Landkrankenhaus fanden 2456 (2385) Personen Aufnahme. Die Zahl der Röntgenaufnahmen betrug 3066 (4400), die der Operationen 1461 (1390). Die durchschnittliche Belegung war 171 Personen.

Das Wöchnerinnen- und Entbindungsheim Domproßberg beherbergte 221 Wöchnerinnen. Von den 227 Neugeborenen kamen 73 mittels geburtsärztlicher Operation zur Welt. Totgeborene sind 12, gestorben 4 Kinder. Die durchschnittliche Belegung betrug 19 Personen.

Kriegerfürsorge.

Der sachliche Aufwand an Bezirksmitteln für die

soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge betrug im Rechnungsjahr 1931: 13 021,70 RM.

Vom Arbeitsausschuß wurde in neun Sitzungen über 517 Gesuche, vom Einspruchsaußschuß in fünf Sitzungen über 54 Einsprüche und vom Beschwerdeauschuß in zwei Sitzungen über 4 Beschwerden entschieden. Oftern 1931 verließen 72 Kriegswaisen und 14 Kriegsbeschädigtenkinder die Schule, 2 Kriegswaisen und 25 Kriegsbeschädigtenkinder wurden in die Schule aufgenommen.

Rentenvorschuße wurden im Berichtsjahre 6038,72 RM. teils aus Bezirksmitteln, teils aus Mitteln der Hauptfürsorgestelle und der sächsischen Kreishilfe bewilligt; 6447,13 RM. wurden im Berichtsjahre wieder vereinnahmt, so daß die Aufwandsstände 5627,72 RM. (31. März 1931: 6035,13 RM.) betragen.

Den größten Raum nahm die Verwaltung der Reichsmittel, wie überhaupt die vermittelnde Tätigkeit ein.

Die Zahl der für die Zusatzrente empfangsberechtigten Personen hat besonders auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 eine wesentliche Verringerung erfahren. Zusatzrente erhielten im Jahresdurchschnitt (die Zahlen des Vorjahres stehen in Klammern): Kriegsbeschädigte 175 (200), Kriegsbeschädigtenkinder 338 (334), Kriegswaisen 402 (405), Halbwaisen 379 (665), Vollwaisen 35 (52), Kriegserbkinder 219 (168), insgesamt 1548 (1852). Der Einzelfall der verbliebenen Empfangsberechtigten erforderte jedoch durch die unausgelebte Anwendung der Bestimmungen das Mehrfache an Sachbearbeitung. Zusatzrenten wurden 312 920,35 RM. (356 493,20 RM.) gezahlt. Zur Förderung der Arbeitsfürsorge überwiegt die Abteilung für Schwerbeschädigtenfürsorge bei der Kreishauptmannschaft Dresden 1000 RM. Am 31. 3. 1931 war an diesen Mitteln ein Bestand von 979,61 RM. vorhanden, verbraucht wurden 1056,55 RM., so daß am 31. 3. 1932 ein Bestand von 923,06 RM. vorliegt. In 187 Fällen konnte im Laufe des Jahres durch Erlasse mehrfach gekürzte und durch Wegfall der Invalidenrentente neu festzusetzende Reichserziehungsbeträge erwirkt werden. Aus Spendemitteln konnten vermittelt werden 800,— RM. Hindenburgspende, 200,— RM. Truppensammelkonten, 200,— RM. Robinsonspende. Der Verein und die Stiftung Heimatbank sowie die Hauptfürsorgestelle hatten in 18 Fällen mit insgesamt 2985,— RM. und an Wohlfahrtsrenten konnten im Berichtsjahre 1925,65 RM. verteilt werden. Fünf über 21 Jahre alten Kriegswaisen wurde eine einmalige Studienbeihilfe in Höhe von je 150 RM. und zwei kinderlosen Kriegswaisen unter 45 Jahren sowie einem 40 v. J. erwerbsgeminderten Kriegsbeschädigten anstelle der entzogenen Zulohrente eine einmalige Beihilfe aus Reichsmitteln erwirkt. An der Fleisch- und Kohlenverbilligung nahmen im Durchschnitt 340 Kriegsoffer teil.

Wohnungsamt und Obdachlosenfürsorge.

Auf Grund der Reichsnotverordnungen vom 1. 12. 1930 und 8. 12. 1931, sowie einer Anzahl sächsischer Bestimmungen ist auf dem Gebiete der öffentlichen Wohnraumbewirtschaftung eine weitere Lockerung eingetreten. Die Beschloßnahme von Wohnungen ist in 98 Fällen erfolgt. Ueber Aufzuchtbesuchen gegen die übrigen Wohnungsämter des Bezirkes hat in 56 Fällen entschieden werden müssen. Zur Unterbringung Obdachloser mußte die Wohlfahrtspolizeibehörde in 18 Fällen Unterstützung leisten.

Die schwierige Finanzlage des Bezirkes hat die Bezirksvertretung veranlaßt, die freiwillig übernommenen Aufgaben, zu denen auch die Wohnraumbewirtschaftung gehört, soweit als möglich einzuschränken. Die dem Bezirksverband im Rahmen



Zweimal Friedrich August

Das Doppelgänger des letzten Sachsendings Originalname von H. Kersch Kerschke. Leipzig, Dresden, Chemnitz, B.M.

5. Fortsetzung

Merkwürdig, wieviel ihm an der Achtung des jungen Mädchens gelegen war. Merkwürdig auch, daß er sich darüber nicht einmal wunderte, daß es ihm nicht einmal im Unterbewußtsein klar wurde, daß er sich der Gefährtin einiger schöner Stunden zur Rechtfertigung seines Luns verpflichtet fühlte.

Die hatte sie doch gesagt, als er die Möglichkeit andeutete, mit der Rehnlichkeit des Aussehens des Prinzen Mißbrauch zu treiben. „Aber das darf man doch nicht.“ So einfach erschien ihr die Lösung einer solchen Frage. Das Bewußtsein des Unrechtes genügte ihr, um solches Luns abzulehnen.

Und nun tat er es doch. „Es würde übrigens ja doch bald hinterher herauskommen, nicht wahr?“ Freilich, freilich war das wahr. Und wenn es herauskam, was dann? Nein, so weit durfte er es nicht kommen lassen. Sein Plan stand ja fest, und was er sich einmal vorgenommen hatte, das...

Friedrich August sah ängstlich auf seinen Nachbar, dessen Blicke nach vorn auf die zu durchfahrende Straße gerichtet waren. Würde er seinen Vorfall halten können? Was würde der Betrogene sagen, wenn er erfuhr, daß mit seinem guten Willen Mißbrauch getrieben worden war, daß er nicht einen von ihm verehrten Prinzen, sondern einen ganz gewöhnlichen Kaufmannslehrling gefahren hatte?

Reichenberg lag nun hinter ihnen. Steilab führte jetzt die Straße zwischen den Häusern von Vordorf hinab der Bahnhofsseite zu. Der Ausfahrer hatte Mühe, die Pferde in eine ruhige Gangart zu bringen. Die Bremsen kreischten.

Dann umging sie dunkler Hochwald und nicht lange, so blühten schon die ersten Lichter der Häuser am Wilsener Mann aus. Man war in Dresden, auf der Großenhainer Straße ging es der Stadt zu.

Noch immer hatte der Bauernbursche kein Wort gesprochen. Seltsam, wie schweigsam die Leute aus Moritzburg waren.

Mit einem Male sah Friedrich August ein Lächeln auf den Zügen seines Nachbarn. War es das erstemal, daß er lachte? Hatte er es vielleicht zuvor nur nicht beobachtet? Lachte er über seinen Fahrgast, den er längst durchschaut am Ende?

Friedrich August wurde unruhig. Je näher man der Neustadt kam, um so näher kam auch der Augenblick, wo er würde Farbe bekennen müssen. Und nun dieses Lächeln!

Vielleicht auch erleichterte es das Gesändnis, vielleicht kam man mit Humor über die Sache hinweg. Der Fahrgast nahm einen Anlauf:

„Sie sind recht schweigsam“, sagte er, nicht eben geistreich.

„Die Pferde sind unruhig heute, sie haben zu lange gestanden. Da muß man seine Gedanken zusammen nehmen, Hobeit“, war die Antwort.

Wieder das vertauselte Wort „Hobeit“. Wenn man das erst einmal weggebracht haben würde!

Jetzt war man am Leipziger Bahnhof, und der Wagen bog nach der Dreifönigskirche zu ein.

Wollte der Mann am Ende gar in die Gegend fahren, wo der Prinzipal wohnte? Warum fragte der Mann um alles in der Welt nicht, wo „Hobeit“ auszus steigen wünschte?

„Ich möchte hier absteigen, bitte.“ Friedrich August wurde hochrot im Gesicht, als er es sagte.

Jetzt mußte die Lüge herauskommen.

„Aber warum denn jetzt schon? Wir sind ja gleich am Ziel, Hobeit“, entgegenete der Bursche, und wieder huschte jenes unbestimmbare Lächeln über sein Gesicht.

Mit weit aufgerissenen Augen starrte Friedrich August den Sprecher an. Das sollte das heißen? Ihm erschien es, als seien diese Worte durchaus nicht mehr so ergeben gesprochen, wie die wenigen Sätze vorher.

Und da gab es schon einen Aus, und die Pferde standen.

Der Jüngling war leichenblau geworden.

Hier? Als ob er träume, sah er an dem ihm wohlbekannten Hause in die Höhe, sah er die erleuchteten Fenster des Schuppangischen Geschäftes vor sich.

„Bitte auszus steigen, junger Herr. Wir sind am Ziel.“ Friedrich August wachte nachher nicht mehr, wie er von dem Ausfahrer heruntergenommen war. Ihm klang nur noch das aufmunternde „Poit“ des Ausfahrs in seine Ohren und die Worte, die er vor der Abfahrt des Wagens noch gehört:

„Gute Nacht, junger Herr, und Fräulein Dorle läßt noch schön grüßen!“

Sie also hatte ihm das Geschäft nachgeschickt, hatte ihn auf die Probe gestellt, und er hatte sie nicht bestanden.

Was nützte es ihn, daß Herr Schuppang ihn wegen seines pünktlichen Heimkommens lobte und sich über die Aufträge freute, die er mitgebracht hatte.

„Du hast deine Sache gut gemacht, Junge, dich kann ich schon wieder einmal schiden. Freut mich.“

Friedrich August hörte es nur mit halbem Ohr. Ihm dünkte, er habe seine Sache gar nicht gut gemacht, und vor einer neuen Fahrt nach Moritzburg war ihm im tiefsten Herzen bange.

Er bat, bald zu Bett gehen zu dürfen, da ihn die Reise sehr angestrengt habe. Dort barg er sein Gesicht in die Kissen und weinte, wie ein gescholtenes Kind.

VII.

Auf dem Wege vom Schlosse Moritzburg zum Fasanenschloßchen, auf dem Friedrich August Bergmüller mit der sechzehnjährigen Dorle, der Nichte des Krämers Liebig, so schöne Stunden verlebte hatte, ging sechs Jahre später ein anderes Paar nebeneinander her. Auch sie sahen sich heute zum ersten Male, auch dieses junge Mädchen war etwa sechzehn Jahre alt, nur der Herr, der in der Uniform der Großenhainer Husaren neben ihr schritt, war älter. Er hatte die Zweieundzwanzig vor kurzem überschritten.

Auch diesmal fanden sich zwei Herzen in dem stillen, schönen Park am Ufer der großen Teiche, auf den weichen, schweigenden Waldwegen, die nach dem Fasanenschloßchen hinüber führten.

Prinz Friedrich August erzählte von heiteren Erlebnissen aus dem Soldatenleben, aus seinen Studentenjahren in Strazburg und Leipzig und seinen Streifzügen durch das schöne Sachsenland.

Seine Begleiterin hörte ihm aufmerksam zu und nur ab und zu vernahm man ihr fröhliches Aufschauen, wenn der Prinz eine gar zu brossige Schnurre zum Besten gegeben hatte.

Und dann plauderte Luise, die mit ihrem vollen Namen Luise Antoinette Maria Erzherzogin von Oesterreich hieß und eine Prinzessin von Lothens war, die älteste Tochter des Erzherzogs Ferdinand. Sie war mit ihren Eltern in Moritzburg zu Besuch des sächsischen Königshaus, und beide waren froh, für ein Weilchen wenigstens dem höfischen Zeremoniell, das sie beide nicht liebten, entronnen zu sein.

Luise erzählte von der Bergen ihres Helmanlandes in der sonnigen, freien Art ihres Stammes, mit einem leisen Anflug des Wiener Dialekts.

Bege sprangen zutranig über den Weg, fern grunzte das Schwarzwild, das hinter den Gattern gehegt wurde und wieder tief der Aue.

„Wollen wir schauen, wie lange ich noch warten muß, bis ich Braut sein werde“, rief Luise übermütig und zählte.

„Aue — Aue — Aue — Aue!“ rief es aus dem Walde heraus.

„Hier Jahre noch! Gest, das wäre nicht lang. Jetzt ist ich erst sechzehn“, lachte sie.

Der öffentlichen Wohnraumbewirtschaftung zusehenden Befugnisse sind deshalb vom Beginn des Rechnungsjahres 1932 ab an sämtliche Gemeinden des Bezirks zurückgegeben worden, soweit das nicht zum Teil vorher geschehen war.

Wohnungsschiedsamt.

Im Berichtsjahre wurde das Wohnungsschiedsamt 8mal angerufen. Beschwerden gingen gegen 75 Wohnungsbeklagnahmen, 5 Mieterzuweisungen, und 3 sonstige Maßnahmen der Wohnungsbehörden ein. Außerdem hatte das Wohnungsschiedsamt über 3 Anträge auf Ersetzung der von den Hausbesitzern verweigerten Zustimmung zum Wohnungstausch zu entscheiden. 37 Sachen fanden ihre Friedigung durch gütliche Einigung, während 37 Beschwerden zurückgezogen wurden, da sie aussichtslos waren oder eine Einigung ohne Vermittlung des Wohnungsschiedsamtes zustande kam. In 3 Fällen wurden Zwangsmittelverträge abgeschlossen. Gegen 9 Entscheidungen des Wohnungsschiedsamtes legten die Parteien weitere Beschwerden bei der Kreisoberbauverwaltung Dresden ein, die 7 Beschwerden als unbegründet zurückwies und 2 beachtete.

Wohnungsbaumittel.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 sind über die Verwendung der Wohnungsbaumittel neue Grundsätze aufgestellt worden. Für den Freistaat Sachsen gelten mit Wirkung vom 1. April 1931 an die Landesgrundsätze über Baudarlehen aus der Aufwertungssteuer (Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums vom 23. 2. 1931 — BG. I 326/31).

Im Rechnungsjahr 1931 sind dem Bezirksverband 508 250 Reichsmark zugewiesen worden, die wie folgt zur Verteilung gekommen sind: 436 875,— RM für den Wohnungsbau, 41 000,— Reichsmark Sondermittel (einschließlich Zusatzdarlehen), 27 375,— RM für Instandsetzungszwecke.

Von diesen Beträgen sind neben der Nachfinanzierung von Wohnungsbauten aus dem Vorjahre und der zulässigen Abführung von Vorgriffen 117 Wohnungen erstellt und in 24 Fällen Instandsetzungsbaten bewilligt worden. In zwei Fällen ist der Biederbau baufälliger landwirtschaftlicher Wohn- und Wirtschaftsgrundstücke möglich gewesen.

Wegebau-Unterstützungen.

Aus der Kraftfahrzeugsteuer stand der Betrag von 230 766 RM zur Verfügung. Diese Summe ist durch zur Bewuschung nach § 143 GO. für das Rechnungsjahr 1931/32 angemeldeter Wegebauarbeiten zur Verteilung gekommen. In Staatsmitteln wurden vom Finanzministerium nur 5000 RM zur Verfügung gestellt, mit der besonderen Befugnis, sie an einzelne Gemeinden für Wegeausbesserungen zu verteilen.

Obstbau.

Noch immer machen sich an den Obstbaumbeständen die Schäden des Winterwinters 1928/29 geltend. So mancher Baum ist im Berichtsjahre noch abgestorben, so mancher mußte leider noch entfernt werden und andere Bäume werden leider in nächster Zeit infolge der Schäden aus diesem kalten Winter noch zu entfernen sein. Dennoch ist man allenthalben dabei, die verringerten Obstbestände wieder auf die alte Höhe zu bringen. Eine große Anzahl von Bäumen ist gerade im letzten Jahre gepflanzt worden. Umverteilungen sind auch im Berichtsjahre mit staatlicher Unterstützung ausgeführt worden. Die Vermittlung von Bekämpfungsmitteln gegen Schädlinge und Krankheiten im Obstbau konnte sich trotz der Geldknappheit auf der alten Höhe halten. Ausgegeben wurden rund 1000 Kilogramm Raupenleim, rund 5500 Kilogramm Obstbaumkarbolineum, 200 Kilogramm Solbar, 300 Kilogramm Perconia neutral.

(Fortsetzung folgt.)

Dann schritten sie dem Fasenenschloßchen zu, wo sich die übrigen Herrschaften inzwischen ebenfalls eingefunden hatten, und das freundlich und einladend in einer Richtung des Waldes lag.

Der junge Bergmüller hat das Dorle damals nicht wiedergesehen.

Sie kam nicht in die Stadt herein und in das Geschäft von Schuppang, um einzukaufen. Eine alte Frau aus dem Dorle erschien dafür mit einem Korb voll Obst, auf dem Friedrich August vergeblich nach einem Grusse suchte. Und als er die Alte fragte, ob sie vielleicht etwas anzurichten habe an ihn, da sagte sie nur, das junge Fräulein hätte gesagt, am Kaffee hätten das letztmal beinahe hundert Gramm geschick, es solle besser gewogen werden, sonst müßte sie es von der Rechnung absehen.

Das wollte Friedrich August nun freilich nicht hören, und da der Prinzipal auf die laute Sprache der Bauersfrau aufmerksam geworden war, gab es schließlich noch eine Durchweisung.

„Ich binde überhandt, daß du in der letzten Zeit mit deinen Gedanken nicht bei der Sache bist. Nimm dich gefälliger zusammen, mein Freundchen!“

Am Sonntag darauf machte sich Friedrich August nach dem Mittagessen auf den Weg nach Moritzburg. Es hieß gut ausfallen, denn am Abend mußte er wieder im Geschäft sein. Aber die Nachmittagsstunden wollte er nützen. Er mußte wissen, was das Dorle machte.

Und dann mußte er ihr doch erklären, warum er schon auf der Heimreise von Moritzburg seinem Vorfahre untreu geworden und sich für den Prinzen ausgegeben hatte. Nein, das hatte er ja nicht einmal getan, er hatte nur dem Irrtum nicht abgewehrt. Ach, und das war ja wieder gar kein Irrtum gewesen, sondern ein wohlbedachtes Spiel, eine Probe, auf die er prompt hereingefallen war.

Und doch bedurfte das alles der Aufklärung. Es lag dem jungen Manne sehr viel daran, vor Dorle wieder als aufrichtiger Herr zu erscheinen und den Rafael von sich abzuweisen.

Denn daß sie ihn nun betrachtete, bewies ihr Fernbleiben. Umsonst hatte er bei jedem Öffnen der Ladenläden aufgeschaut, ob sie es nicht sei, und der Prinzipal hatte leider nur zu Recht, wenn er ihn der Unachtsamkeit zick.

Schweißbedeckt langte Friedrich August in Moritzburg an. Er bog von der breiten Straße, die zum Schloß führte, ab und ging schnurstracks ins Dorf hinein, wo er in der Nähe des großen Gasthofes den Laden des Händlers Biebig kaufte.

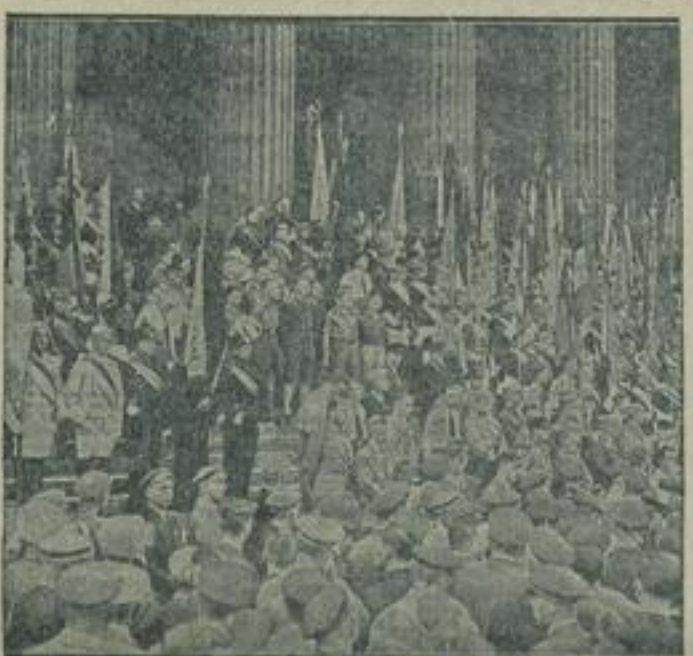
Und dann stand er davor. Jetzt, wo er am Ziele war, kopfte ihm doch das Hera. Trotz des Sonnlaas

Erfolgreicher Kampf gegen die Sorgen.

Chemnitzer Brief.

Das Jahr hat seinen Höhepunkt bereits überschritten, ohne daß man bisher auch nur einmal etwas von einer sommerlichen Entlastung der schweren Wirtschaftsnote verspürt hätte. Wohl nicht eine einzige der Essen, die so lange nun schon fast und rauchlos empor in den Himmel ragen, hat eine Rauchfahne wieder aufgesetzt, und die Erwerbslosen gehen so unätzig und resignierend durch die leuchtenden Sommertage, wie sie durch den vergangenen trüben Winter gegangen sind. Sie sitzen mitten in den Großstadtdichten und schlagen die endlose Zeit durch, indem sie Schach spielen, nachdem ihnen endlich die Poller durch bauernde Razzien das unverantwortliche Glücksspiel gelegt hat, mit dem ein Teil von ihnen gleich dem Wohlfahrtsamt weg seine Unterhaltungen zu verspielen pflegte. Seit der letzten großen Razzia im südlichen Speichhaus, die die Polizei ganz überraschend durchgeführt hat, ist Ruhe geworden mit dem verdrehten Treiben auswärtiger Bankhalter, die den armen Ehefrauen und den hungernden Kindern der Erwerbslosen so manche bittere Träne gefosset haben.

Eine kleine Belebung hat der vollkommen dankbarliegenden Wirtschaft in diesen Tagen der Baubeginn der vorstädtischen Randbelegungen gebracht. 342 solcher Siedlerstellen werden im nächsten Sinne des Wortes am Rande der Großstadt in idealer sonniger Lage errichtet, und die ersten Probekäufer, die man im nahen Klaffenbach besaunen konnte, haben so manchen Skeptiker anders denken gelehrt. Das unmöglich scheinende ist möglich geworden: man kann mit 2000 Mark ein ganz annehmbares Siedlerhaus erstellen, das natürlich nicht mit einer Villa gemein hat, aber doch geeignet ist, so manchem Erwerbslosen die Sorge zu nehmen, ob des Tages, das sich über seinem Haupte wölbt. Es herrscht dementsprechend auch ein erfreulich guter Geist unter den Siedlern. Es ist ein My von ihrer Brust genommen, und wenn sich ihnen mit der kleinen Scholle selbstverständlich auch noch keine neuen Daseinsmöglichkeiten er-



Protestkundgebung gegen das Versailles Diktat. Am 13. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailles Diktats fand in Berlin eine Kundgebung der deutschen Studentenschaft in Gemeinschaft mit den Grenzverbänden der bündischen Jugend und anderen Jugendverbänden gegen diesen unehrlichen Schandvertrag der Geschichte statt.

stand die Kadentür offen, und er warf, zur Seite tretend, einen scheuen Blick hinein.

Aber das Dorle sah er nicht.

Da nahm er sich ein Herz und ging hinein mit dem Vorsatz, zum Scheine irgendeine Kleinigkeit zu kaufen, und wenn es ein Päckchen Tabak war, das er dem Vater schenken konnte.

Eine grämliche ältere Frau fragte ihn nach seinem Vegehr. Das Dorle war auch drinnen unsichtbar.

Schon wollte er nach ihr fragen und überlegte, wie er das am besten und unauffälligen anstellen konnte, als ihm der Zufall zu Hilfe kam.

Eine andere Frau trat in das Geschäft und begrüßte die Ruhme aus Reichenberg, denn das war die Verkäuferin, mit den Worten:

„Ei je, nun müßt du wohl alle Tage hier bei dem Alten sein, wo das Dorle nicht mehr da ist?“

Nun wußte er's.

Sie war fort. Fort, ohne ihn nochmals aufgesucht zu haben, ohne ein Verlangen zu haben, eine Erklärung für sein schlimmes Tun von ihm zu fordern.

Ihre Erinnerung an ihn war von einem tiefen, unverwundbaren Schatten getrübt.

Er nahm sein Tabakpäckchen, zahlte und ging mit hängendem Kopfe hinaus.

Draußen blieb er stehen. Wo mochte sie sein? Ob er die Frau einmal fragte. Hier auf dem Dorle wußte doch sicher einer vom andern, was er trieb und tat.

Lange dauerte es, ehe die Erwartete wieder aus dem Laden trat. Um so besser, dachte Friedrich August, nun weiß sie doch um so mehr. Denn die Unterhaltung der beiden Frauen würde sich sicher um das Dorle gedreht haben.

Als sie aber die Straße schritt, gefolgt er sich zu ihr.

„Können Sie mir nicht sagen, liebe Frau, wo das junge Fräulein hingereist ist, das bisher dem Herrn Biebig die Wirtschaft und das Geschäft versorgt hat?“

So rasch kam aber die Antwort nicht. Die Frau maß ihn mit einem langen Blick und wandte dann den Kopf mißbilligend lachend zur Seite.

„Nein, so was“, sagte sie nur.

„Ich hätte es gern gewußt“, nahm er noch einmal schüchtern Anlauf.

Da zog es wie ein Donnerwetter auf:

„Steh du lieber deine Nase ins Schulbuch, Junge, das ist gefährlicher, als jungen Mädchen nachzusteigen. Das Dorle ist fort, und das ist, wie es scheint, nur gut für sie.“

Damit ließ sie den verdutzten Friedrich August stehen und verschwand durch das Tor eines Gutes.

Dem jungen Manne war das Weinen nahe. Aber er

öffnete, so tat sich ihnen doch eine Pforte auf, auf der sie die grimme Notzeit zu überleben vermögen.

Zu der, wenn auch geringen Belebung des Arbeitsmarktes durch die Siedlungsarbeiten kommt ja das weitere Moment, daß 342 kleinere Wohnungen innerhalb der Stadt frei werden, und die Chemnitzer Wohnraumnote besteht ja nur noch in einem drückenden Mangel an Kleinwohnungen.

Die Sorge der Wohnraumbeschaffung ist uns also so ziemlich abgenommen, wie wir in diesem Jahre als klassische Stadt einseitigen Trinkwassermangels dieses Jahr und auch über das Trinkwasser keine Sorgen zu machen brauchen. Während unsere großen Zusperrbauten im Saldenbachgebiete soweit gefördert werden konnten, daß man sie im nächsten Jahre wird beenden können, hat die dreiwöchige Regenperiode nach dem Pfingstfeste unsere übrigen Zusperrbauten so gefüllt, daß diese fast überhaupt kein Fassungsvermögen mehr besitzen. Dazu kommt, daß unsere arm gewordene Industrie keines Kesselwassers mehr bedarf, und der Verbrauch damit an sich erheblich gesunken ist.

Selbst unsere ernstlichen Brücken sorgen haben wir ja in dieser Zeit aus dem Gefühl heraus, daß wir ihnen, solange wir kein Geld haben, ja doch machlos gegenüberstehen, beinahe ganz vergessen. Wir haben in der vom Chemnitzfluß mitten durchschnittenen Stadt glücklich noch eine einzige Brücke, über die man mit Lastwagen von mehr als zwölf Tonnen Traglast hinwegfahren, und die liegt für die An- und Abfahrt so unglücklich wie nur möglich. Daß der große Zugangsweg nach dem Ratzberg, die Ratzbergausfahrt, noch handhält, ist soviel nur noch eine Frage von Monaten. Schon heute können sich auf ihr Straßenbahnzüge nicht mehr begegnen. Der bergauf-fahrende Wagen muß warten, bis der abwärtsfahrende über die Brücke hinweg ist, und die verkehrswichtigste Überbrückung des Chemnitzflusses, die Falletagüberbrückung im Zuge der großen Überlandstraße nach Zwickau und Plauen kann überhaupt jeden Tag zusammenbrechen und ist nur noch in einer Richtung fahrbar. Man hatte, um wenigstens den wichtigsten Teil Instandzusetzen, 100 000 Mark in den neuen Haushaltsplan der Stadt eingesetzt und hoffte auf eine Beihilfe des Staates in Höhe von 300 000 Mark, weil dieser an dem Überlandverkehr das größte Interesse haben mußte. Aber der Haushaltsplan liegt nach der Ablehnung durch die Stadtverordneten noch immer unerledigt bei der Kreisoberbauverwaltung, und der Staat hält sich in beharrliches Schweigen. Am 1. April sollten die Bauarbeiten beginnen, um bis zum Herbst beendet werden zu können. Man hat mangels Geldüberflusses bis heute noch nicht anfangen können, und wird wahrscheinlich auch in diesem Jahre die Hände davonlassen müssen. Vielleicht bricht über Winter die Überdeckung in sich zusammen, aber auch das schreckt uns heute nicht mehr. Wir haben die Gefahrenzone abgesperrt. Schaden kann niemand leiden, und vielleicht hilft der Staat dann, wenn da, wo heute noch der Falletag steht, erst die Trümmer vergangener Pracht phantastisch sich aufstürmen. Auch das soll nicht unsere schlimmste Sorge sein! Egon.

Frhr. von Gagl fordert Zeitungsverbote.

Der Reichsminister des Innern hat an den preussischen Innenminister Severing das Ersuchen gerichtet, den Vorwärts und die Kölnische Volkszeitung auf je fünf Tage zu verbieten.

In der Begründung zum Verbot wird Bezug genommen auf einen Artikel in der Kölnischen Volkszeitung vom 26. Juni unter der Überschrift „Schwerer Vorwurf des Reichskanzlers. Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich?“ Es wurde gegen den Reichskanzler der ungeheuer schwere Vorwurf erhoben, daß der Reichskanzler einer auswärtigen Macht nahegelegt habe, die innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu ihren Gunsten auszunutzen. Dieser Vorwurf enthalte eine Be-

herrschte sich und schritt mit finsternen Blicken vor sich hin.

Vom fernen Schlosse schlug die Uhr herüber. Und wieder war es für ihn Zeit, sich zu beileben.

„Wenn doch was käme und mich mitnähme“, dachte er auch heute, aber das Glück war ihm diesmal nicht zünftig, weil es kein Dorle mehr gab, die ihm einen Wagen nachsenden konnte.

Hätte sie es lieber nicht getan damals, murmelte der eifrige Wanderer in sich hinein. Es war für mich ein Unglückswagen.

Und hätte doch ein Vete des Glücks werden können.

VIII.

Im Herbst des Jahres 1883 verließ Friedrich August Bergmüller das Geschäft des Herrn Schuppang in der Dresdener Neustadt und war nun ein Kommiss. Schon vor einem halben Jahre hatte er angelernt, war aber noch dageblieben, weil es ohnehin nicht lohnte, jetzt eine andere Stellung anzunehmen.

Ein anderer Dienst stand ihm bevor, nachdem er bei der Musterung als tauglich befunden worden war: Der Dienst im Rod des Königs.

Das Leibgrenadierregiment nahm den schlanken, gut gewachsenen jungen Mann auf, und just war es auch die gleiche Kompanie, der Prinz Friedrich August angehörte.

Im Grunde genommen war der junge Bergmüller, ebenso wie sein Vater, viel zu sehr ein Mann der Feder, als daß er sich allzu leicht in das Soldatenleben gefunden hätte. Aber er gab sich redliche Mühe, machte so manches harte Wort und manche Hänselei seiner Kameraden ein und nahm sich, vom alten Herrn Schuppang zu Ordnung und Disziplin erzogen, vor, sich nicht werfen zu lassen und alles daran zu setzen, um es seinen Kameraden bald gleich tun zu können.

Wo ein Wille ist, ist noch immer ein Weg gewesen. Das Turnen fiel nur so lange sauer, bis man eine gewisse Feigheit überwunden hatte, das Exercieren machte Spaß, wenn man sah, daß sich andere noch ungeschickter anstellten, als man selbst es noch kurz zuvor getan, und im Verkehr mit den Kameraden hatte sich bald jene kameradschaftliche Basis herstellen lassen, die zu einem guten Einvernehmen nun einmal nötig war.

Bergmüller gelangte sogar zu einer gewissen Popularität in der Kaserne, als einer der Kameraden, ein Zweifähriger, festgesetzt hatte:

„Weißt du, Bergmüller, wenn du nur halbwegs eine anständige Offiziersuniform anziehen würdest, säßt du aus wie der Prinz Friedrich August.“

Alle lachten, daß die Stube dröhnte, jeder aber besah sich den also Angesprochenen etwas genauer und fand, daß in den Worten mehr als nur ein ködnchen Wahrheit lag.

(Fortsetzung folgt.)

Wahrung und Bewahrung der Reichsfinanziers. Auch der Ausdruck, daß der Reichsfinanzier mit seinem Interieur an den Vertreter eines ausländischen Blattes (gemeint ist der „Matin“) sich wegwerfen habe, liegt in der gleichen Richtung. In dem gleichen Artikel werde behauptet, daß der Reichsfinanzier französische Journalisten erklärt habe, er erkenne an, daß Frankreich bei einer sogenannten Liquidation der Reparationen Anspruch auf eine Kompensation habe. Der Reichsfinanzier habe diese Mitteilung bereits dementiert. Die Behauptungen der Kölnischen Volkszeitung über den Inhalt des Interviews seien demnach unwoh.

Bei dem Verlangen auf Verbot des Vorwärts wird Bezug genommen auf ein Flugblatt des Vorwärts unter der Überschrift „Voll, du mußt zahlen, damit die SA paradiere kann“. Es werde weiter darin erklärt, daß die Mittel, die auf Grund der Notverordnung zur Erhaltung der Maßnahmen für Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erleichterung von Wohlfahrtsarbeiten der Gemeinden angefordert würden, für die Neueinleitung der SA und SS dienen. Eine Kammer im Vorwärts und die Unterseite dazu könnten ebenfalls nur dahin verstanden werden, daß die SA und die SS auf Kosten der Rentenempfänger wiedererstanden seien. Darin liege eine Beschimpfung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die Weiterverbreitung solcher Behauptungen führe zu einer weiteren Aufspaltung der an sich durch die außen- und innenpolitischen Ereignisse erregten Massen, so daß durch diese Veröffentlichungen lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet würden.

Das Verlangen des Reichsinnenministers stützt sich auf den § 7 Absatz 3 der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932. Dort wird bestimmt, daß der Reichsinnenminister „die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen“ kann. Die oberste Landesbehörde, in diesem Falle also der preussische Innenminister, hat dann zu entscheiden, ob er dem Ersuchen entsprechen will oder nicht. Kommt er zu dem Ergebnis, dem Ersuchen nicht zu folgen, dann hat er das unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsinnenminister mitzuteilen. Gleichzeitig muß die oberste Landesbehörde die Entscheidung des zuständigen Senats des Reichsgerichts anrufen. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Einer Beschwerde gegen ein auf Ersuchen des Reichsinnenministers angeordnetes Verbot kann die oberste Landesbehörde nicht abhelfen.

Die erste Aufgabe des Arbeitsdienstes.

Er soll das Reichsehrenmal bauen.

Bei der Reichsstaatsversammlung der akademischen Kriegsteilnehmer in Helmstedt sprach Reichsstaatsminister Dr. Brüning über die Errichtung des Reichsehrenmals bei Bad Berka. Der wahre Wert des künftigen Ehrenmals, so führte er u. a. aus, werde dadurch geschaffen, daß das Mal im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet würde. Hier läge die erste Aufgabe eines zu schaffenden Arbeitsdienstes. Das Reichsehrenmal wäre dann zugleich auch das Ehrenmal des deutschen Volkes.

Die Reichsregierung beabsichtigt bekanntlich den freiwilligen Arbeitsdienst auf eine breitere Grundlage zu stellen. Oberst a. D. Hierl, der Sachberater der NSDAP, in diesen Fragen, soll, wie verlautet, zusammen mit dem Vorsitzenden des Volksbundes für Arbeitsdienst, General Jaupel, und Vertretern der Wehrverbände in einen Ausschuss berufen werden, den die Reichsregierung für Fragen des Arbeitsdienstes bilden und dem Präsidenten der Reichsankast für Arbeitslosenversicherung Dr. Spruy unterstellen will.

Für Selbstverwaltung und Berufsvertretung.

Der unentbehrliche Berufsstand des Handwerks.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Das deutsche Handwerk ruht zur Sammlung aller willigen nationalen Kräfte; seine Sendung ist es, die deutsche Volksgemeinschaft an ihren gefährdeten Stellen zu tragen und zu stützen, obwohl es sich selbst dem härtesten wirtschaftlichen Druck ausgesetzt sieht. Trotz alledem hält sich der unentbehrliche Berufsstand des Handwerks.

Heute geht die Organisationsmüdigkeit um, und unerbittliche Forderungen bemühen sich, dem Handwerker das Vertrauen zu seiner Innungsorganisation zu nehmen und ihm Vorschlag zu verweigern. Der Reichsverband des deutschen Handwerks warnt ernstlich, eine Berufsstandsordnung zu zerlegen, die

in der Welt von Jahrhunderten aufgebaut ist, die sich bewahrt von Vorteleinstufen ferngehalten und auch in Zukunft fernzuhalten hat. Innungen, Fachverbände und Handwerkskammern müssen in ihrem Aufbau und in ihrer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit als anerkannte Formen der

Selbstverwaltung und Berufsvertretung erhalten bleiben und in ihnen ein Maß verantwortlicher Mitarbeit aller Handwerker, wie es dem Rechtsempfinden eines politisch freien Volkes entspricht.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks ist entschlossen, die von ihm seit jeher vertretenen wirtschafts-, politischen Forderungen des Handwerks unter jeder wie immer gearteten neuen Formung des öffentlichen Lebens mit allem Nachdruck weiter zu vertreten. Er kann das mit um so größerem Recht, als

die Wichtigkeit dieser Forderungen

durch den Verlauf der wirtschaftlichen Ereignisse unüberleglich dargelegt ist. Sämtliche Meinungsverschiedenheiten darüber aber es im Handwerg nicht. Der von den handwerklichen Spitzenverbänden seit Jahren geforderte unabhängige Verband der Wirtschaftspolitik muß endlich zur Tat werden.

Steuertaxen für Juli 1932 für Reichssteuern und preussische Steuern.

5. Juli, Reich: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 30. Juni einbehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn. Wenn im Überweisungsverfahren die bis 15. Juni einbehaltenen Beträge 200,— Mark nicht übersteigen haben, Überweisung für die Zeit vom 1.

bis 30. Juni. Dazu 2. Verdingsteuer und 3. Kräftesteuer, soweit die beiden letzteren im Steuerabzugsverfahren einbehalten sind.

(10.) 11. Juli, Reich: 1. Vorkurssteuer für Juni 1932 bei monatlicher Abrechnung, für das zweite Vierteljahr 1932 bei vierteljährlicher Abrechnung.

2. Umsatzsteuervorauszahlungen und Voranmeldungen für Monats- und Vierteljahrszahler (Schonfrist bis 17.) 18. Juli, Preußen: Bier- evtl. Getränkesteuer.

(17.) 18. Juli, Reich: Letzter Tag für Umsatzsteuervoranmeldung und Umsatzsteuervorauszahlung der Monats- und Vierteljahrszahler.

20. Juli, Reich: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 15. Juni einbehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn im Markverfahren, desgl. im Überweisungsverfahren, wenn die vom 1. bis 15. Juni einbehaltenen Lohnbeträge 200,— Mark übersteigen. Dazu 2. Verdingsteuer, soweit sie im Steuerabzugsverfahren einbehalten ist. Die bis zum 20. jeden Monats abzuführende Kräftesteuer ist durch die neue Notverordnung vom 14. Juni 1932 für Lohnabzahlungen für die Zeit nach dem 30. Juni aufgehoben. An ihre Stelle ist getreten die 3. Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. Diese ist für Kranken- und arbeitslosenversicherungsfähige Personen jeweils als Zuschlag zu den Versicherungsbeiträgen an die betreffende Krankenkasse zu zahlen.

Für nicht Kranken- oder arbeitslosenversicherungsfähige ist die Abgabe zusammen mit der am 20. Juli fälligen Lohnsteuer, aber gesondert berechnet an das Finanzamt abzuführen.

Die Abgabe ist von allem Bruttoarbeitsentgelt zu zahlen, das für die Zeit vom 1. Juli an gewährt wird, und beträgt: bis zu einem Monatsentgelt von 125 Mark 1,5 Prozent, bei einem Monatsentgelt von 125—300 Mark 2,5 Prozent, bei einem Monatsentgelt über 300 Mark für die ersten 300 Mark 2,5 Prozent, für die weiteren Beträge bis 700 Mark 5,75 Prozent, bei einem Monatsentgelt von 700—3000 Mark 5,75 Prozent, bei höheren Entgelten 6,5 Prozent.

Beamte und Angestellte öffentlich-rechtlicher Körperschaften, deren Gehälter auf Grund der bisherigen Notverordnungen gekürzt wurden, zahlen durchweg 1,5 Proz.

Brand im Schauspielhaus in Hannover.

Das Feuer wird rasch erlosch. Schaden unbedeutend.

Nachdem erst am Dienstag ein großes Feuer in Hannover im Opernhaus erheblichen Schaden angerichtet hatte, entstand Mittwoch ein ähnlicher Brand im Städtischen Schauspielhaus. Das Feuer war in einem Geräteraum, in dem bis zum Nachmittag noch gearbeitet worden war, zum Ausbruch gekommen. Als der Hausmeister auf seinem Rundgang den Geräteraum öffnete, schlugen ihm Flammen entgegen. Der Feuerwehr gelang es, den Brand zu löschen. Es sind einige Türen verbrannt bzw. verschmolzen, Grammophonplatten geschmolzen und Noten verbrannt. Wie eine eingehende Besichtigung zeigt, muß das Feuer schon geraume Zeit im Gange gewesen sein.

Die Entstehungsurache des Brandes ist noch vollkommen ungeklärt. Auch ist die Frage noch offen, ob zwischen den beiden Bränden ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Eine Lokomotive landet auf einem Dache.

Drei Verletzte.

Bei der zu der Rombacher Hütte gehörenden Grube Orne in Bohringen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Wahrscheinlich infolge Versagens der Bremse geriet ein aus Maschine und sechs mit Erz beladenen Wagen bestehender Zug auf ein Holzgleis und schließlich auf das Dach der Antenne,

das mit großem Getöse zusammenbrach. Die gesamten Stellungen wurden durch den Anprall zertrümmert. Ein Arbeiter, der ahnungslos im Bette gelegen hatte, kam wie durch ein Wunder mit nur leichten Verletzungen davon. Die Maschine kam einen Meter vor seinem Bette zum Stehen. Einige Arbeiter, die sich in der Kammer aufhielten, konnten unter den Trümmern hervorgezogen werden. Drei von ihnen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Wieder ein Mörder des Lindbergh-Babys?

Geheimnisvolle Selbsttötung eines Amerikaners.

Ein 31-jähriger Amerikaner, der seinen Namen nicht angeben will, stellte sich der Gendarmerei in Waag-Neustadt (Stowak) mit der Selbstbeschuldigung, der Mörder des Lindbergh-Kindes zu sein. Er sei zusammen mit sechs anderen Personen nach dem Morde nach London geflüchtet, wohin man ihnen Geld nachgeschickt habe. Sie seien dann nach Paris gefahren, wo sie sich ein Auto kauften, mit dem sie über Antwerpen und Brüssel nach Deutschland und die Tschechoslowakei reisten, um in die Sowjetunion zu flüchten. In Sillein habe man ihm alle seine Papiere gestohlen. Seine Genossen hätten die Flucht fortgesetzt. Er sei in Sillein in einen Autobus gestiegen und mit diesem nach Waag-Neustadt gefahren.

Der Amerikaner war sehr erschöpft und brach fast zusammen, als er sich der Gendarmerei stellte. Er spricht nur englisch, hat aber ein slawisches Aussehen.

Kleine Nachrichten

Protesttelegramm Jugenbergs gegen die Berliner Postzeit. Berlin. Der deutsch-nationale Parteiführer Jugenbergs hat anlässlich des Vorgehens der Berliner Postzeit gegen die nationale Studentenenschaft, die gegen Versailles protestierte, ein Telegramm an den Reichsinnenminister geschickt, in dem er gegen das Verhalten der preussischen Postzeit scharfe Verwahrung einlegt und um Maßnahmen zum Schutz der nationalen Jugend gebeten hat.

Kreuzer „Salamis“ wird abgewrackt.

Hamburg. Der Schiffsrümpf des für Griechenland gebauten Kreuzers „Salamis“, der seit Jahren im Wollersdorfer Hafen liegt, wird nach Bremen geschleppt werden, um dort endgültig abgewrackt zu werden.

Drei Tote und sechs Verletzte durch Blitzschlag. München. Die Osnabrücker Gegend wurde von einem schweren Gewitter heimgesucht. Bei Verzen (Kreis Dingolfing) schlug der Blitz in das Haus der Witwe Storm. Hierbei wurde die neunjährige Tochter der Witwe getötet. Bei einem Hofbesitzer im Kreise Melle zündete der Blitz den von zwei Familien bewohnten Kotten an. Bei den Rettungsarbeiten wurden vier Personen leicht und ein Reichwehroldat der dort einquartierten Reichswehr aus Münster schwer verletzt. Im Kreise Hammling wurden Arbeiter, die mit Arbeiten im dortigen Steigungsgebiet beschäftigt waren, von einem schweren Gewitter überrascht. Zwei Arbeiter wurden vom Blitz getroffen und sofort getötet, während ein anderer Arbeiter schwere Verbrennungen erlitt.

Gerüstesturz. — Acht Arbeiter verletzt. Offen. Auf einer Baustelle am Stausee im Stadteil Warden stürzte ein Baugerüst ein. Hierbei wurden acht Arbeiter zum Teil schwer verletzt.

Schweizer Zollerschüsse für Spielwaren und Schreibmaschinen. Basel. Der Schweizerische Bundesrat hat bereits einige der angeforderten Einfuhrerleichterungen in Gestalt von Zoll-erhöhungen erlassen. Diese beziehen sich auf die Einfuhr von Spielwaren, die nun mit einem Zoll von 40—100 Franken belegt werden. Die deutsche Spielwarenindustrie dürfte davon wohl am meisten betroffen werden. Ferner wurden die Zölle auf Schreibmaschinen auf 500 Franken für 100 Kilogramm erhöht.

Krahwinkel von Gramm geschlagen.

London. Nun sind auch die letzten noch am Tennis-Turnier zu Wimbledon beteiligten Deutschen ausgeschieden. Im Mixed wurden Pri. Krahwinkel von Gramm von Pri. Kuthall-Spence mit 7:5, 2:6, 6:2, in der vierten Runde geschlagen. Deutschland ist also nicht mehr vertreten. Trotzdem kann man abschließend die Feststellung machen, daß sich die Deutschen recht achtbar geschlagen haben. Ein Mehr konnten wir bei der in Wimbledon versammelten Weltklasse nicht erwarten.

Das südlawische Kabinett zurückgetreten.

Belgrad. Der schon seit einiger Zeit erwartete Rücktritt des südlawischen Kabinetts ist erfolgt. Ministerpräsident Markowitsch begab sich in das königliche Schloß, wo er den Gesamtrücktritt der Regierung unterbreitete. König Alexander nahm das Rücktrittsgesuch an. Als neuer Ministerpräsident wird der bisherige Handelsminister Dr. Kramer und als Außenminister der derzeitige Hofminister Jezitsch genannt.

Neue Hochwasserkatastrophe in China.

Schanghai. China ist erneut das Opfer einer Hochwasserkatastrophe geworden. In der Provinz Chunan stieg das Wasser über vier Meter. Die Ernte ist vollkommen zerstört worden. Mehrere Tausende sind brotlos und heimatlos geworden. Die Zahl der Todesopfer wird auf 100 geschätzt.

Die 250. Fahrt des „Graf Zeppelin“.

Die am 28. Juni unternommene Schweizer Fahrt des „Graf Zeppelin“ war die 250. Fahrt des Luftschiffes. „Graf Zeppelin“ wird bald eine Million Flugkilometer hinter sich haben. Er hat bis jetzt 16 000 Passagiere, 13 000 Kilo Post und 33 000 Kilo Fracht aller Art befördert.

Den eigenen Kindern die Hälse durchgeschnitten. In Balldorf bei Darmstadt hat eine Irrenstiftung mit einem Brotmesser ihren beiden Kindern von einhalb und drei Jahren die Hälse durchgeschnitten. Die Frau stand sodann mit dem blutigen Messer in der Hand am Fenster und gestikuliert. Als der Ehemann, der Arbeitslose Drehstuhlger, nach Hause kam, machte er die Gendarmerei mobil, da sich niemand in das Haus hineintraute. Als die Gendarmen eintrafen, ließ sich die Frau ohne Widerstand abführen. Die Täterin war schon früher wegen Geistesstörung in einer Anstalt untergebracht. Auch jetzt wieder sollte die Überführung stattfinden. Da der Mann aber kein Geld hatte, mußte erst die Gemeingefährlichkeit der Frau bewiesen werden, was nun in furchtbarer Weise geschehen ist.

Selbstmord in der Jauchegrube. In der Jauchegrube eines landwirtschaftlichen Geschäftes in Rheinbach-Neel bei Gladbach-Rheidt fand man die Leiche einer 40-jährigen Landwirtin. Zuerst nahm man an, die Frau sei einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Die nähere Untersuchung führte aber zu dem Ergebnis, daß Selbstmord vorliegt, der seinen Grund in wirtschaftlichen Sorgen haben dürfte. Die Frau hat im Stalle sich selbst die Hand abgehakt und sich dann in die Grube geflüchtet, in der sie erstickte.

Brennendes Schiff in der Elbmündung. Am Bord des 1750-Tonnen-Dampfers „Zanger“ der Hamburg-Portugiesischen Dampfschiffreederei brach in der Elbmündung ein Brand aus. Auf drahtlose Hilferufe des Schiffes eilten sofort mehrere Löschboote hinzu. Infolge der großen Wassermassen, die in das Schiff geschleudert wurden, erhielt der Dampfer Schlagseite und mußte auf Grund gesetzt werden. Die Besatzung blieb an Bord und beteiligte sich an den Löscharbeiten. Fahrgäste befanden sich nicht auf dem Schiff.

Vom Blitz erschlagen. Bei einem schweren Gewitter, das über Südfriesland hinweg, wurden bei Westfrieslands (Ostfriesland) im Stedingergebiet Esterwegen drei auf dem Moor tätige Arbeiter, die sämtlich aus Ostfriesland stammten, vom Blitz getroffen. Zwei waren auf der Stelle tot, der dritte wurde schwer verletzt.

Schwere Gewitter über Stuttgart. Über Stuttgart glichen schwere Gewitter nieder, die zum Teil mit heftigen Hagelschlägen verbunden waren. Ein wolkenbrudartiger Regen überschwennte verschiedene Straßen vollständig, so daß sie einen einzigen See bildeten. Das Unwetter hat auch ein Menschenopfer gefordert: In Untertürkheim ist eine 73-jährige Frau im Hofschlag ertrunken.

Der größte Ozeandampfer der Welt. Am 29. Oktober findet in Saint Nazaire der Stapellauf des größten Ozeandampfers der Welt statt. Das Schiff wird etwa 60 000 Tonnen haben und soll auf den Namen „Präsident Doumer“ getauft werden. Seine Inbetriebnahme ist für 1934 vorgesehen.

Bunte Tageschronik

Madrid. Bei Lugo stieß ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen, wobei zwanzig Personen schwer verletzt wurden. Ein Reisender wurde getötet.

Dresden. In Dresden-Hörsing stießen auf der Straße fünf Knaben mit einer Luftkugel. Einer der Knaben wurde durch einen unversehens losgeschangenen Schuß mitten ins Herz getroffen und war sofort tot.

Das Problem der langfristigen Witterungsvorhersage.

Von Dr. Karl von Lyska,
Professor an der Universität Hamburg.

Für die richtige Auswahl der Feldfrüchte, für die Bodenbearbeitung und den Zeitpunkt der Feldbestellung ist es ungemein wichtig, den Witterungscharakter schon ein halbes oder Viertel Jahr im Voraus zu wissen. Für unsere gesamte Wirtschaft wären derartige langfristige Witterungsprognosen von maßgeblicher Bedeutung. Denn gerade gegenwärtig kommt der Landwirtschaft erhöhte Bedeutung zu. Die durch die starke Schmälerung unserer Handelsvolumens zwangsläufig herbeigeführte Eröffnung unserer Einfuhr wie Ausfuhr rückt den Binnenmarkt an die erste Stelle. Wir sind mehr denn je auf unsere eigene Landwirtschaft, die einen großen Teil des Binnenmarktes ausmacht, angewiesen. Nicht nur im Hinblick auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln, sondern auch hinsichtlich der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung für gewerbliche und industrielle Erzeugnisse. Das Wohlergehen der Landwirtschaft, hohe Ernteerträge und damit guter Verdienst der Landbevölkerung sichern auch Gewerbe und dem Handel erhöhten Absatz und damit Beschäftigungsmöglichkeit. Ganz abgesehen davon, daß gute Ernten mäßige Preise für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, schlechte Ernten hohe Preise bedingen, wodurch der Lädter unmittelbar in seiner Kaufkraft betroffen wird.

Bis vor kurzem verfügte der amtliche Wetterdienst noch nicht über die Möglichkeit langfristiger Witterungsvorhersagen. In allen Ländern der Welt geben die amtlichen Wetterdienststellen nur Wettervorhersagen für ein bis zwei Tage, höchstens ausnahmsweise für drei Tage. Alle sogenannten „langfristigen Wetterprognosen“ stammten von Laien-Wetterpropheten und waren mehr als unsicher, sie stimmten nämlich in der Regel nicht. Waren sie doch meist gefühlsmäßig angelegt, wenn sie nicht gar Spekulationen auf den Geldbeutel leichtgläubiger Leute bedeuteten, jedenfalls ermangelte ihnen stets die wissenschaftliche Grundlage. Dieses Fehlen jeder zuverlässigen langfristigen Witterungsvorhersage hat die „Staatsliche Forschungsstelle für langfristige Wettervorhersage“ in Frankfurt a. M. veranlaßt, wissenschaftliche Grundlagen herauszuarbeiten, die es ermöglichen, das Witterungsverhalten und den Witterungsverlauf in großen Zügen für eine längere Zeit, für ein Vierteljahr bis zu einem halben Jahr, vorauszubestimmen.

Auf der verschiedenen Wege — über die natürlich hier nur ganz kurz berichtet werden kann — ist versucht worden, dieses Problem zu lösen. Einmal ging man von der durch langfristige Erfahrungen festgestellten „Periodizität“ der Witterungsveränderungen aus, d. h. von der Tatsache, daß sich das Wetter nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes in gleicher oder ähnlicher Weise wiederholt. Im Zusammenhang damit steht ein zweiter Weg: das Studium der „Witterungsvorgeschichte“. Denn ebenso wie das Wetter des morgigen Tages durch den atmosphärischen Zustand des heutigen Tages bestimmt wird, so besteht auch im großen ein Zusammenhang zwischen der kommenden und der vorangehenden Witterung. Durch meteorologische Korrelationsberechnungen unterstützt durch umfangreiche statistische Untersuchungen ist es unter Zuhilfenahme der erwähnten „Periodizität“ der Witterungsveränderungen möglich, ein ungefähres Bild von der kommenden Witterungsperiode zu entwerfen.

Neben diesen beiden Forschungsmethoden, die die natürlichen (irdischen) Ursachen der Witterungsveränderungen feststellen, treten zwei andere, welche die kosmischen Einflüsse auf das Wetter untersuchen. Schon lange sind die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der von der Sonne ausgehenden Strahlungen und den darauffolgenden Witterungsveränderungen bekannt. Als Maß für diese außerirdische Sommerstrahlung dient die sogenannte „Solar-Constante“, d. h. die Wärmemenge, die einem Quadratcentimeter an der Grenze der Atmosphäre in einer Minute von der Sonne zugeführt wird. Indem nun das Forschungsinstitut die Schwankungen der Solarconstanten mit der Periodizität der Sonnenflecken in Verbindung brachte, konnte es neue Aufschlüsse über die mutmaßliche Gestaltung der kommenden Witterungsperiode bringen. Als vierte Möglichkeit, Anhaltspunkte für die Voraussage der Witterung zu gewinnen, benutzte das Institut die bekannten Verschiebungen der Rotationsachse innerhalb des Erdkörpers, die entsprechende Luftmassenverlagerungen nach sich ziehen.

Auf Grund dieser vier Methoden hat das Forschungsinstitut bereits im Sommer 1931 ein „Jehntage-Vorhersagen des Witterungscharakters“ bringen können und dieses — wenn auch nur in einem beschränkten Kreise (da man des Erfolges noch nicht sicher war) — veröffentlicht. Diese Vorhersage ist aber tatsächlich eingetroffen. Das Institut sagte nämlich der südwestdeutschen Landwirtschaft eine Regenzeit vom 6. bis 21. Juli, dagegen eine niederschlagsfreie Periode vom 22. Juli bis 2. August, daraufhin wieder Regen voraus. Die Landwirte, die sich nach dieser Voraussage gerichtet und in den zehn niederschlagsfreien Tagen ihr Getreide eingeholt haben, sind auch tatsächlich vor großem Schaden bewahrt worden. Um welche Beträge es sich hier handelt, ist daraus zu ersehen, daß der durch nicht rechtzeitige Einbringung der Ernte im Regierungs-

bezirk Wiesbaden entstandene Verlust amtlich auf 16 Millionen veranschlagt ist. Dätten schon damals der Forschungsstelle die Mittel zur Verfügung gestanden, um auf breiter Grundlage ihre Voraussagen zu veröffentlichen, so wäre ein wesentlicher Teil dieses Schadens vermieden worden.

Für den Hochsommer 1932 ist nach dem Institut mit einer im allgemeinen warmen und trockenen Witterung zu rechnen. Dieser Voraussage liegt einmal die Regel über „Periodizität“ zugrunde, die auf einer 250-jährigen Beobachtung aufgebaut ist, andererseits wird sie auch durch das Ansteigen der Solarconstanten und ihr Verhältnis zu der Sonnenfleckenrelativität bestätigt. Träfe diese Prognose zu — woran wohl kaum zu zweifeln ist —, würde sich weiterhin unsere Landwirtschaft nach den Berichten des Instituts richten, so wäre damit ein wesentlicher Faktor, der auf die Verbesserung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage hinführt, gegeben. Denn wir konnten in diesem Falle mit guten Erträgen in der Landwirtschaft rechnen. Dadurch würde nicht nur unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessert, da dann bei mäßigen Preisen der Anteil, den die heimische Landwirtschaft an unserer Versorgung hat, sich erhöht und wir in dieser Hinsicht unabhängiger vom Ausland werden, auch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung würde gesteigert, was Anlaß zu einem Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaftslage geben könnte. Wir Deutschen aber können stolz darauf sein, daß es einer deutschen Forschungsstelle nach langwieriger Arbeit gelangt ist, das Problem der langfristigen Wettervorhersage zu lösen.

Aus Sachsens Gerichtshöfen. Meineidsprozeß gegen Rechtsanwalt Dr. Lange.

Uralzeß als Belastungszeuge.

Dresden. Vor dem Schwurgericht begann der mehrstägige Meineidsprozeß gegen den in Haft befindlichen Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Franz Lange aus Berlin-Charlottenburg. Er war von 1921 bis 1925 Syndikus und dann Prokurist der Raiffeisenbank Berlin, wo er großes Vertrauen genoss und selbständig handeln konnte. Auch die Abwicklung der Kreditgewährung unterstand ihm. Er hatte auch die dem bekannten Uralzeß genehmigten Kredite veranlaßt. Dieser Kredit, der mit Zinsen zwanzig Millionen betrug und an dem Zusammenbruch der Bank schuld war, wurde von Dr. Lange gewährt. In dem Prozeß gegen Uralzeß beschwor Dr. Lange am 19. Juni 1931 und wiederholte den Eid teilweise in dem Berliner Strafverfahren gegen Uralzeß im April 1932, daß er keine Vorteile von Uralzeß erhalten, besonders kein Darlehen über 120 000 Mark, auch daß ihm Uralzeß zum Ankauf seiner Villa nichts gegeben habe. Weiter will er an Uralzeßs Geschäften nicht beteiligt gewesen sein, für die bewilligten Kredite keine Provision erhalten, seinen Teppich geschenkt bekommen und keine unwahren Angaben bezüglich seines Autos gemacht haben. Diese beiden Eide sollen unrichtig sein.

Der Kernpunkt der Vernehmung des Angeklagten war die Frage, ob Dr. Lange für seine Mitwirkung Zuwendungen erhalten habe. Dr. Lange erklärte das als Unwahrscheinlichkeit. Er stellte weiter heraus, daß Dr. Lange keine Privatgeschäfte mit privaten Mitteln finanzierte. Bezüglich des Vorwurfs der Annahme von Geschenken wies Dr. Lange darauf hin, daß Uralzeß wörtlich dem Untersuchungsrichter des Preussischen Landtags gesagt habe: „Dr. Lange hat keinerlei Vorteile von mir gehabt.“ Wenn das beider worden wäre, wäre das ganze Strafverfahren gegen ihn hinfällig.

Als Zeuge erschien sodann der bekannte Uralzeß, der behauptet, daß Dr. Lange sich an seinem Geschäft beteiligt habe, teilweise mit Geld, teilweise nur mit seinem Namen. Die Kreditbewilligung habe Dr. Lange von Provisionsgewährung an ihn abhängig gemacht. Dr. Lange habe ihm einmal gesagt, daß er ihm die Kredite „vermachten“ könne, wenn sie auch der Vorstand genehmigt habe. Dr. Lange habe oft die Provision auch sofort abgezogen. Uralzeß sagte weiter, daß er öfters mit Dr. Lange in Weinstuben zusammengesessen und freundschaftlich mit ihm verkehrt habe. Uralzeß erklärte apothich, daß er Dr. Lange nicht schone werde, der ihn in Paris habe hungern lassen und von seinem Gelde in Saub und Braus gelebt habe. Der Vorsitzende wies Uralzeß darauf hin, daß er vor dem Untersuchungsrichter des Preussischen Landtags gesagt habe, Dr. Lange habe keine Vorteile von ihm gehabt. Uralzeß erwiderte, daß er damals schon erwähnt habe, dort nicht alles ausgesagt zu haben. Der Vorsitzende wies Uralzeß nochmals auf die Bedeutung des Eides hin. Uralzeß blieb aber bei seiner Behauptung. Dr. Lange einen Teppich zugesandt zu haben; Dr. Lange, der von ihm eine Provision von 20 000 Mk. zu fordern hatte, nahm den Teppich an Stelle von Geld, das er nicht flüssig hatte. Bezüglich des Darlehens von 120 000 Mark erklärte Uralzeß, daß er dieses in einer Weinstube in der Französischen Straße in Berlin gegeben habe. Dr. Lange habe ihm auch über 40 000 Mark zurückgegeben, und die Restforderung habe Uralzeß an einen Apotheker Schärer abgetreten. Dr. Lange habe ihm bei der letzten Teilzahlung eine Ausweisquittung erteilt, daß er Uralzeß nichts mehr schulde. Zwischen dem Angeklagten, seinen Verteidigern und Uralzeß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, und der Vorsitzende mußte wiederholt zur Ruhe mahnen.

Breslauer Krankenkassenfandal vor Gericht

Fünf Personen unter Anklage.

In Breslau begann vor der Großen Strafkammer der Prozeß wegen der Unterschlagungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, die zum Zusammenbruch des Unternehmens geführt haben. Angeklagt sind fünf Personen, darunter der Abteilungsleiter Barisch und der Arzt Dr. Blesner. Barisch wird zur Last gelegt, zusammen mit den übrigen Angeklagten den Reichsbeitrag und die Krankenkasse um 224 000 Mark geschädigt zu haben. Der Angeklagte kam 1924 als Hilfsarbeiter in die Krankenkasse und wurde schon zwei Jahre später mit der Leitung der Abteilung „Reichsbeiträge“ betraut, obwohl er keine sachlichen Kenntnisse hatte. Barisch, der 5540 Mark Jahresgehalt bezog, erklärte, daß er die Unterschlagungen unter dem Druck der anderen Angeklagten begangen habe.

Die Erholungsreise des Pfarrers Cremer.

Reisegeld aus dem Provisionskonto des Dewahelm-Kongerns.

Im Dewahelm-Prozeß wurde festgestellt, daß der Angeklagte Pastor D. Cremer und der als Zeuge vernommene Pastor H. Ebhel im Jahre 1930 Mittel für Erholungsreisen im Betrage von 3000 Mark durch den Anklagten J. J. J. aus einem Provisionskonto des Dewahelm-Kongerns erhalten hatten. Pastor Cremer verdiente damals 20 000 Mark im Jahre. Pastor Ebhel bezog 12 600 Mark und hatte außerdem freie Wohnung. Pastor Cremer wußte ein Drittel des Reisegeldes

für wohltätige Zwecke verwendet

haben, weigert sich aber, die Namen der Empfänger zu nennen. Der Angeklagte J. J. J. erklärte, daß Pastor Ebhel genau gewußt habe, daß das Geld aus dem Provisionskonto stammte. Die 3000 Mark für Pastor Cremer sind später von der Evangelischen Verordnungsstelle zurückgezahlt worden. Pastor Ebhel hat nach dem Zusammenbruch des Dewahelm-Kongerns die 3000 Mark an J. J. J. zurückgegeben.

Starek-Urteil noch lange nicht rechtskräftig.

Willi Starek's Nervenzusammenbruch.

Die Ausfertigung des schriftlichen Starek-Urteils wird das Gericht voraussichtlich einige Monate beschäftigen, so daß seine Zustellung wahrscheinlich erst Oktober oder November erfolgen wird. Dann werden die Verteidiger ihre Revisionsbegründungen anfertigen, so daß vor Mai bis Juni nächsten Jahres mit einer Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht kaum zu rechnen sein dürfte. Erst dann wird das Urteil, falls das Reichsgericht die Revision verwirft, rechtskräftig.

Entgegen anderslautenden Nachrichten ist nach der bisherigen Praxis nicht damit zu rechnen, daß die Disziplinerverfahren gegen die verurteilten Berliner Beamten bereits vor der Reichsstraf des Starek-Urteils beginnen. Es wird zunächst zu keinerlei Entscheidungen in dieser Richtung kommen.

Willi Starek hat im Moabiter Untersuchungsgefängnis einen Nervenzusammenbruch erlitten, der seine Überführung in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses notwendig machte. Die Untersuchungskommission, die die Brüder Starek jetzt antreten müssen, und die sich

bis zur Reichsstraf des Urteils

hingehen wird, wird auf die Strafe höchstwahrscheinlich nicht anzurechnen werden, da die Zeit der Untersuchungshaft zwischen Strafammerurteil und Revisionsverhandlung vor dem

Reichsgericht angemessen nicht angerechnet wird. Folgt nun die Revision der Verurteilten als unbegründet erweist. Die Staatsanwaltschaft hat sich entschlossen, gegen das Urteil keine Revision einzulegen.

Das Echo zum Starek-Urteil.

Das Justizhausurteil gegen die Brüder Starek hat in der deutschen Öffentlichkeit ein starkes Echo gefunden. Im allgemeinen wird das Urteil als gerecht begrüßt und daran die Hoffnung geknüpft, daß mit dem Fall Starek der Schlußstein unter eine Entwicklung gesetzt werde, in der es möglich war, daß Menschen vom Schlage der Stareks mit Hilfe „guter Beziehungen“ die öffentlichen Kassen und damit die Taschen der Steuerzahler anraubten konnten. Von besonderem Interesse ist es natürlich, zu hören, was die Blätter sagen, die politisch den Stareks und ihrem Kreis nahe stehen. Das führende Blatt der SPD, der Berliner Vorwärts, findet das Urteil „ungleichmäßig“, hart gegen die Stareks und milde gegen die Beamten. In seinen Betrachtungen kommt der Vorwärts auch auf die ersten Anfänge des Starek-Urteils zu sprechen und behauptet dabei, was die nationale Presse damals berichtet habe, sei nur eine Hege gegen das System, und seien Übertreibungen gewesen. Das Blatt sagt:

„Als vor drei Jahren der Starek-Rummel in der gesamten Presse der nationalen Opposition losbrach, als man den gerade auf Freundschaftsbesuch bei amerikanischen Städten befindlichen Berliner Magistratsmitgliedern die Zeitungsdokumente mit den wüstensten Übertreibungen nachsenden konnte, da war kaum einer der im öffentlichen Leben der Stadt lebenden Männer seines Rufes sicher. Wahlos wurde drauflos behauptet. Jeder fühlte sich so wohl im moralischen Regen bei der Möglichkeit, den Korruptionsstumpf trockenlegen zu helfen. Ein Stadtrat, der nicht mindestens silberne Löffel gestohlen hätte, war kaum noch vorstellbar.“

Auch das demokratische Berliner Tageblatt ist mit dem Urteil nicht zufrieden. Es nimmt Anstoß daran, daß die Richter für Justizhausurteil damit begründen, daß sie den Stareks durch die harte Strafe die Lust zu weiteren Taten nehmen wollten. Das Blatt schreibt:

„Das Urteil sagt, daß den Stareks die Fortsetzung ihrer Verbrechen zu vertrauen wäre, während die anderen Angeklagten nach menschlichem Ermessen kaum jemals wieder in die Lage kommen dürften, sich als Beamte betrieuen zu lassen. Wichtig, aber kann man, nur weil die Gefahr der Wiederholung besteht, die Strafe verschärfen? Soll über Taten, die begangen worden sind, geurteilt werden, oder über Taten, die in Zukunft möglich oder, wie bei den Beamten, unmöglich sind?“

Bücherschau.

Wie Diabetiker zuckerfrei werden und bleiben. Von Dr. med. Albrecht Birz und Dr. med. Elise Birz-Koch. Preis 1,80 RM. Bruno Wilkens Verlag in Hannover. — In klarer und verständlicher Abfassung haben die Verfasser auf Grund ihrer in der ärztlichen Eprechstunde gesammelten umfangreichen Kenntnisse diesen wertvollen Ratgeber zusammengestellt, aus dem der Laie ersehen kann, welches die Ursachen der Zuckerkrankheit sind, welche Beschwerden und Anzeichen auftreten, was nützlich und schädlich ist und wie die Ausfälle auf Befestigung und Heilung sind. Dieses der Redaktion vorliegende neue Buch kann allen Zuckerkranken zur eingehenden Kenntnisnahme nur empfohlen werden, enthält es doch die neuesten und erfolgreichsten Behandlungsmethoden, sowie ausführliche Diätvorschriften.

Überwindung der Wechseljahre bei Frau und Mann. Unter Berücksichtigung von Arterienverhärtung, Krebs und Genuaerleiden. Von Dr. med. Dope. 6.—15. Auflage, Preis 1,80 RM. Bruno Wilkens Verlag in Hannover. In den Jahren 45—55, den sogenannten Wechseljahren, steigt die Sterblichkeitsziffer unter den Menschen ganz erheblich. In dieser Zeit stellt sich der Körper von der Jugend zum Alter um, wodurch oft körperliche und seelische Veränderungen hervorgerufen werden, die äußerst schmerzhaft und gefährliche Beschwerden zur Folge haben können, besonders dann, wenn die Umstellung zu plötzlich und rasch erfolgt. — Es ist daher zu begrüßen, daß der Verfasser durch eingehendes Studium auf diesem Gebiete und auf Grund seiner reichen Erfahrungen während der Praxis diesen verständlichen Leitfaden verfaßt hat, aus dem der Laie ersehen kann, wie die gefährlichsten Wechseljahre am besten überwunden werden können.

Uermischtes

Die Ursache des Grünspanns.

In einem Londoner chemischen Laboratorium hat man festgestellt, daß der grüne Niederschlag, der sich an der Luft ausgeföhtem Kupfer bildet, das zuverlässigste Mittel darstellt, um den Grad der Verunreinigung der atmosphärischen Luft mit Gasen oder anderweitigen chemischen Stoffen nachzuweisen. Dieses Grün, das man dort, wo es unerwünscht erscheint, als Grünspan, dort indessen, wo es dekorativ wirkt, als Patina bezeichnet, braucht früher zu seiner Entstehung unter natürlichen Bedingungen eine Reihe von Jahren, kann heute indessen mit Hilfe des elektrischen Stroms in fünfzehn Minuten hergestellt werden. Während man früher glaubte, Grünspan entstehe durch die Einwirkung reiner Luft auf das Kupfer, hat sich neuerdings ergeben, daß er fast ausschließlich durch den im Rauch der Städte enthaltenen Schwefel hervorgerufen wird. Selbst in ländlichen Orten ohne jede Industrie gibt das gelbe Element Anlaß zur Patinabildung, da es sich in feinsten Verteilung ungläublich weit über das flache Land ausbreitet.

Der allzu Bärtliche.

Frau Hertla rüß sich den Hut vom Kopfe und strich die blonden Haarwellen zurück: „Sehen Sie, Herr Richter! Das Ohrläppchen, das da fehlt, hat mir mein Mann abgebißen.“ Sie verlangte die Scheidung und zehntausend Schillinge Schadenersatz für verminderte Heiratsfähigkeit. Der also Verlassene dagegen behauptete, er habe das Ohrläppchen „weggerückt“. Und er fand tatsächlich mehr Verständnis bei dem Richter. Denn der meinte, bei der jetzigen Haartracht sei das Fehlen des Ohrläppchens doch gar nicht zu merken. Auf die Stärke ehelicher Rüsse habe das Gericht keinen Einfluß. Da Frau Hertla ihren Mann behalte, werde ihr Wert durch das Fehlen des Ohrläppchens nicht gemindert. „Ist die Keimzelle nicht zu bedauern?“

Dr. Böhmer spricht morgen in Wilsdruff. Der dort angeordnete zweite Bürgermeister von Dresden, Dr. Böhmer, der vor gar nicht langer Zeit erst von den Sozialdemokraten zu den Nationalsozialisten übertrat, hält morgen Freitag abend in einer von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Wilsdruff, einberufenen Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Von der SPD zur NSDAP“. Da man mit sehr starkem Zuspruch rechnet, dürfte es sich empfehlen, beizeiten einen Platz zu sichern.

Das Jahresfest des Wilsdruffer Gustav-Adolf-Zweigvereins wird kommenden Sonntag in Grumbach gefeiert. Im Festgottesdienste nachmittags 3 Uhr predigt Pfarrer Franke-Schirgswalde. In der unmittelbar an den Gottesdienst sich anschließenden Nachversammlung im Gasthause berichtet Kantor Klose-Sora über das Hauptvereinsfest in Wilschwerda, während Pfarrer Babura-Neuoberberg in der Festansprache über evangelisches Leben in Schlesiens sprechen wird. Alle Freunde der Gustav-Adolf-Gesellschaft sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

Eine Kirchen- und Frühlingsausstellung des Bezirksobstbauvereins Meissen wird am Freitag, den 1. Juli, vormittags 11 Uhr im „Kaiserergarten“ in Meissen eröffnet. Für Sonnabend, den 2. Juli, ist folgendes vorgelesen: Kirchenbau des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau. Vormittags 8.30 Uhr Rundfahrt durch das Meißner Kirchenbaugesbiet; Treffpunkt am Bahnhof Meissen. Mittags 12.30 Uhr gemeinsames Mittagessen im „Kaisergarten“ in Meissen. Anschließend Besichtigung der Kirchenausstellung des Bezirksobstbauvereins im „Kaisergarten“. Nachmittags 3.30 Uhr Fortsetzung der Fahrt durch das Meißner Kirchenbaugesbiet. Abends 8 Uhr Versammlung der Kirchenbauvereine im „Kaisergarten“ in Meissen mit Vorträgen: 1. Obergartenmeister Heilmann: „Gegenwart und Zukunft“; 2. Professor Dr. Baumade-Dresden über „Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten im Kirchenbau“. Die Ausstellung des Bezirksobstbauvereins bleibt bis Sonntag, den 3. Juli geöffnet.

Mit dem Handlarten zum 11. Deutschen Sängerbundesfest nach Frankfurt. Wenn ein Verband in dieser Zeit zu einem gescheiterten Bundesfest einladet, so gehört hierzu ein beträchtliches Maß von Zukunftsglauben. Die Bundesleitung des Deutschen Sängerbundes hat diesen Glauben aufgebracht und zum 11. Deutschen Sängerbundesfest nach Frankfurt am Main vom 16.—25. Juli eingeladen. Mit der Begeisterung allein ist es aber nicht getan, sondern die Hürde erfordert trotz aller Vorbereitungsmaßnahmen der Festleitung erhebliche Kosten, die von arbeitslosen Sängern oft nicht aufgebracht werden können. Daß hier kein Hindernis liegt, beweisen aber die zahlreichen Teilnehmer, die über weite Strecken zu Fuß nach Frankfurt ziehen. Ein Westfälischer Gesangsverein will sogar geschloffen marschieren. Daneben kommen viele Teilnehmer zu Rad aus Entfernungen von mehr als 500 Kilometer. Den Vogel schießt aber jener Gesangsverein aus dem Bergischen Lande ab, der einen Handlarten mitführt, um abwechselnd müde Sänger zu fahren, während die anderen ziehen. Ein fröhliches Lied soll zum Weitermarsche stärken.

Grumbach. (Gemeindeverordneten-Sitzung.) Am vergangenen Montag, dem 27. Juni, abends 7 Uhr tagte das hiesige Gemeindeverordnetenkollegium in öffentlicher Sitzung im Rathhausungslokal. Ein Vertreter der Landwirte fehlte entschuldigend. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben. Es erfolgte Kenntnisnahme 1. von der Begehrungsliste, die für Grumbach mit 50% beträgt; 2. von dem Stande der Erwerbslosigkeit. (Die Zahl der Erwerbslosen hat sich in den letzten beiden Monaten etwas verringert); 3. der Bauabrechnung Schönl; 4. der Verhandlungsabrechnung des Kassenprüfungsverbandes „Weißerhals“ und 5. von der neuen Ordnung der Wirtshäuser vom 16. 6. 1932, nach der sämtliche Wirtshäuser nunmehr eigene Rechtspersönlichkeiten geworden sind. Desgleichen nahm man von der geplanten Schaffung eines Leiches in Obergrumbach zu Feuerlöschzwecken Kenntnis. Gegen die fünf Stimmen der Linken wurde die vollständige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in unserer Gemeinde beschlossen. Einen vorliegenden Antrag der SPD. (Handelskammer betr.) beschließt man beifolgend durch den Gemeinderat an den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meissen weiterzuleiten. — Hierauf geschloßene Sitzung, in welcher Unterstützungsanträge behandelt wurden. X

Kesselsdorf. Zusammenstoß. Gestern nachmittags gegen 1/5 Uhr ereignete sich an der Kreuzung der Dresden-Freiburger und der Dresden-Rosener Staatsstraße vor dem Kriegerdenkmal ein Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Personenvagen. Der in Freital-Baaderode wohnhafte, in Wilsdruff beschäftigte Tischler A. Liebichner war mit seinem Motorrad aus Richtung Wilsdruff kommend auf dem Nachhausewege begriffen, als ihm der aus Richtung Grumbach kommende Personenvagen des in Dresden-A. wohnhaften Händlers Deuterich, welcher in die Ankersdorfer Straße einbiegen wollte, rechts in die Klante fuhr. Liebichner wurde durch den heftigen Zusammenstoß über die Koffelhüter des Wagens geschleudert und erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch. Nach Anlegung eines Notverbandes durch Mitglieder der hiesigen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz ordnete der inzwischen herbeigerufene Arzt Dr. Rütche die Ueberführung ins Krankenhaus an, welches mittels Krankenautos geschah. Die Fahrzeuge waren beide stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Tanneberg. Die Einbrüche hier und in der näheren Umgebung häufen sich von Woche zu Woche. Erst in der vergangenen Nacht wurde beim hiesigen Schmiedemeister Heilmann eingebrochen. Hier wurden von dem Motorrad des Sohnes, welches in der Schmiedewerkstatt stand, Woch-Horn und kompl. Scheinwerferbesetzung sowie der Soziusstift gestohlen. Durch die Hintertür der Schmiede entschwandten die Täter, die, wie festgestellt wurde, sich mit der Demontage sachmännlich beschäftigten. Der entstandene Schaden des Motorradbesitzers dürfte etwa bis hundert Mark betragen. Bei diesem Einbruch kommen wahrscheinlich nicht wie in Limbach-Auto, sondern Motorradfahrer in Frage. Mitteilungen, die zur Ermittlung der Täter führen können, sind an den Gendarmenposten Deutscheroda zu richten.

Bereinskalender.
Anstret. 30. Juni Singstunde.
Priv. Schützengesellschaft. 30. Juni Preischießen.
Militärverein. 2. Juli Versammlung bei Kamerad Schumann, Sächsberg.
Grund- und Hausbesitzerverein. 2. Juli Versammlung.
Gustav-Adolf-Zweigverein. 3. Juli Jahresfest in Grumbach.
Gustav-Adolf-Zweigverein. 3. Juli Jahresfest in Grumbach.
Hombrodtlicher Verein. 3. Juli Besichtigungsfahrt nach Habscheul.

Wetterbericht.
Vorhersage der Sächsischen Landeswetterstelle für den 1. Juli: Zeitweise aufströmende Winde aus südlichen Richtungen. Vorwiegend heiter, östlich Nebel, warm. Gewitterneigung, sonst höchstens unbedeutliche Niederschläge.

Sachsen und Nachbarchaft

Unterstützung wirtschaftlich schwacher Mieter.

Keine weitere Forderung der Zwangswirtschaft möglich.
Die Vertreter des Landesverbandes Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine und die Vertreter der in Sachsen tätigen Gewerkschaften aller Richtungen hatten kürzlich eine Unterredung mit Ministerpräsident Schleich, Arbeitsminister Richter und anderen Regierungsvertretern wegen der Mietzinssteuerentung und des Ausgleichs über Fürsorgemittel für wirtschaftlich schwache Mieter sowie wegen der Senkung der Neubau- und der Altbau-mieten. Von Seiten der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß reichsgesetzliche und finanzielle Erschwernisse anderen Lösungen als den zurzeit bestehenden entgegenstünden, daß aber die sächsische Regierung bemüht gewesen sei, für die besonders gearteten sächsischen Verhältnisse so viel wie möglich herauszuholen, und daß es auch nach wie vor ihre besondere Sorge sein werde, den wirtschaftlich schwachen Mietern zu helfen, insbesondere Mittel zur Unterstützung der Neubaumieter und zur Senkung ihrer Mieten zur Verfügung zu stellen. Von der abblühenden Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft überhaupt ist der sächsische Regierung nichts bekannt; sie glaubt nicht, daß eine diesbezügliche Verordnung des Reiches ohne vorherige Verständigung mit den Ländern herausgegeben wird und ist im übrigen auch der Überzeugung, daß eine weitere Forderung des Mieterschutzes für kleinere Wohnungen bei den bestehenden Verhältnissen mindestens für Sachsen kurzzeit gar nicht in Frage kommen kann.

Keine neuen Steuern in Sachsen.

Wie bekannt geworden war, beabsichtigte die sächsische Regierung die Einführung neuer Landessteuern, und zwar die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe und eine Fiktal- bzw. Warenhaussteuer. Wie nun von zuständiger Seite verlautet, hat jetzt die sächsische Regierung beschlossen, in Anbetracht der starken Mehrbelastungen, die die letzte Notverordnung der Reichsregierung allen Steuerzahlern und Wirtschaftskreisen bringt, von einer Erhebung dieser neuen Landessteuern abzusehen und keine diesbezügliche Vorlage im Landtage einzubringen.

Unwetter über Dresden.

Nachdem die Temperatur am Dienstag stellenweise bis auf 29 Grad im Schatten gestiegen war, entlud sich in den Nachmittagsstunden des Mittwoch über Dresden und dem Elbtal ein schweres Gewitter mit heftigem Donner und Regengüssen. In Colosse wurde durch die niedergehenden Wassermassen das Maschinenhaus der Kläranlage überschwemmt und mußte durch die Feuerwehr ausgepumpt werden. Auf der Elbe wurde oberhalb Schorfenberg die Zille eines Homburger Schiffsheizers durch den böenartigen Gewittersturm ans Ufer gedrückt. Da der Wasserstand noch immer den Leinpfad überpflüßte, geriet der Kahn auf Grund und konnte zunächst nicht wieder flottgemacht werden. Erst als ein Stromaufwärts fahrender Schraubendampfer zu Hilfe gerufen und vorgespant wurde, konnte der havarierte Kahn seine Reise fortsetzen.

Durch das Gewitter wurden auf der Staatsstraße Dresden-Moritzburg an mehreren Stellen eine Anzahl starker Bäume — alte Kastanien und Linden — durch Windbruch und Blitzschlag umgelegt. Diese niedergebrochenen Baumriesen sperrten die Staatsstraße. Im Einvernehmen mit dem Straßenmeister wurde sofort ein Teil der Notbesetzer des Arbeitslagers der Technischen Nothilfe, welches zurzeit in Moritzburg stationiert ist, eingesetzt. Dieses schnelle Eingreifen ermöglichte es, die Straße innerhalb einer reichlichen Stunde für den Verkehr wieder freizugeben.

Dresden. Die Schußwaffe in Kinderhand.
Ein bedauerlicher Unglücksfall trat sich in Bismarckstr. zu, wo eine Gruppe von fünf Knaben mit einer Luftbüchse nach einer Scheiße schap. Ein unversehens losgegangener Schuß traf einen elfjährigen Knaben mitten ins Herz. Der Knabe brach sofort tot zusammen. Der unglückliche Schütze ist ein 13jähriger Schüler aus Loschwitz. Zwei andere Knaben aus Freital, die an dem Spiel beteiligt waren, sind erst am folgenden Tage in die elterliche Wohnung zurückgeführt.

Bauten. Letzte Sitzung des Kreisbauschafts.
Unter Vorsitz des letzten Kreisbauhauptmanns Dr. Baentig hielt der Kreisbauschaft der am 1. Juli mit der Kreisbauhauptmannschaft Dresden vereinigten Kreisbauhauptmannschaft Bautzen, seine letzte Sitzung ab. Man behandelte eine Reihe von Darlehensgesuchen und genehmigte mehrere Ortsbesuche.

Kubshiltz. Bahnhofswirtschaft abgebrannt.
Die hiesige Bahnhofswirtschaft an der Strecke Bautzen-Löbau und die anschließenden Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Da fast nichts gerettet werden konnte, ist der Schaden groß.

Chemnitz. Gegen die Unsicherheit der Straße.
Da sich die Zusammenstöße zwischen den politischen Parteien ständig mehren, beschäftigte sich der Hauptausschuß der bürgerlichen Bezirksvereine mit diesen Vorgängen. Es kam zum Ausdruck, daß die Einwohner nicht genügend Schutz genießen und die Polizei allein nicht in der Lage sei, genügend durchzugreifen. Es soll die Belegung Chemnitz mit Reichswehr gefordert werden. Wenn nicht anders, so solle das Stadtrecht erklärt werden. Nachts sei es kaum noch möglich, ungefährdet durch die Straßen zu gehen. Der Vorsitzende des Hauptausschusses wurde beauftragt, beim Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit vorzusprechen.

Hartmannsdorf bei Burgstädt. Schlecht gedanktes Vertrauen.
Von der hiesigen Sportvereingung war ein Burgstädtler Turist mit der Aufbewahrung der Schlüssel zum Umkleibereich betraut worden. Der Turist entwendete aus den Kleiderstücken, während sich die Spieler auf dem Sportplatz befanden, das bare Geld. Der Dieb wurde festgenommen.

Hohenstein-Ernstthal. Fern der Heimat er-mordet.
Der in der Mandschurei ermordete Kaufmann Wilhelm Pelz stammt aus unserer Stadt. Er ging 1922 auf die Wanderschaft, die ihn schließlich nach China führte, wo er als Kaufmann tätig war.

Rochsburg. Selbst gerichtet.
Der in eine Brandstiftungsangelegenheit verwickelte Arbeiter Eibner, der vor einigen Tagen aus der Untersuchungshaft in Chemnitz entlassen worden war, hat sich jetzt, wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe, erhängt.

Zwönitz. Verurteilt gegen den Kredit-ausschub.
Schwere Vorwürfe werden gegen den Bürgermeister als Vorsitzenden und sämtliche Mitglieder des Kreditausschusses der Strolasse Zwönitz erhoben. Die Amtshauptmannschaft Stollberg hat auf Grund einer Aufsichtsbekwerbe festgestellt, daß Überziehungen in Höhe von etwa 20 000 Mark vorgekommen sind. Der Bürgermeister habe, ungeachtet er von den Kreditüberschreitungen Kenntnis gehabt habe, das Konto, das im wesentlichen einer Firma zugute kam, in Ordnung zu bringen versäumt.

Herrnsdorf bei Hohenstein-Ernstthal. Um den Bürgermeister.
In der Frage der Neuwahl des Bürgermeisters vertritt die Aufsichtsbekwerbe den Standpunkt, daß die Stelle so lange unbesetzt bleiben müsse, bis der Haushaltsplan ausgeglichen sei. Da die Mehrheit der Einwohnererschaft eine Eingemeindung Herrnsdorfs mit einem der Nachbarorte ablehnt, wird die Aufsichtsbekwerbe gleichfalls zu entscheiden haben, ob eine Eingemeindung vorzunehmen ist.

Politische Zusammenstöße in Dresden.

Zwei Schwer-, zahlreiche Leichtverletzte.
In Vorstadt Löbtau kam es in der Hohenzollernstraße zu politischen Schlägereien anlässlich eines nationalsozialistischen Werbemarshes. Die nach dem Sammelplatz gehenden Nationalsozialisten wurden teilweise von politischen Gegnern angegriffen und belästigt. Schließlich entstand eine Schlägerei. Ein Kraftwagenführer und ein Bäcker, beide Mitglieder der SPD, erlitten Rücken- bzw. innere Verletzungen. Auch drei SA-Leute, von denen einer schwer verletzt ist, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei einem Überfall auf der Bismarckstraße konnten von der Bereitschaftspolizei einige der Beteiligten festgenommen werden. Der Stellplatz des Ungebes mußte unter Anwendung des Gummistücks von den standortierenden Gegnern geräumt werden. Auch bei dem Umzuge selbst ist es wiederholt zu Anpöbelungen und tätlichen Angriffen gegen Zugteilnehmer gekommen. Auch hierbei sind wieder eine Reihe von Festnahmen erfolgt.

Sächsische Landwirtschaft.

Landwirts Ratigbuch.
Die die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mittelst, veranlaßt der Landesverband Sachsen für Obst- und Weinbau am Sonnabend, dem 2. Juli, in Meissen (Kaisergarten) eine Kirchenbauausstellung des Bezirksobstbauvereins Meissen. Nach Besichtigung der Kirchenbauausstellung des Bezirks findet abends 8 Uhr im Kaisergarten eine öffentliche Versammlung der Kirchenbauvereine statt mit Vorträgen von Obergartenmeister Heilmann (Wittenberg) über „Der Kirchenbau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, Prof. Dr. Baumade (Dresden) über „Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten im Kirchenbau“. Das Ergebnis der Kirchenbauausstellung ist die Festlegung eines Sortenverzeichnis, um in erster Linie nur erstklassige wirtschaftliche Sorten immer mehr einzuführen.

Grenzland-Chronik.

Wittau i. V. Die giftige Blume.
Ein Kind erkrankte hier nach dem Zerkauen eines Blumenstengels derart an einer eitrigen Halsentzündung, daß sich die Ueberführung in die Universitätsklinik Prag notwendig machte. Es liegt eine Vergiftung durch die Blume vor, die beinahe den Tod des Kindes herbeigeführt hätte.

Karlshagen. Schulstreik wegen eines kommunistischen Lehrers.
In Unbrunn ist seit vierzehn Tagen ein Schulstreik im Gange, der zu dem Zwecke durchgeführt wird, um den Oberlehrer Louschel von seinem Posten zu entfernen. Louschel ist Kommunist und hat sich mit den zum Teil landwirtschaftlichen Kreisen angehörigen Eltern vereinigt.

Zepitz. Die Leiche eines Dresdners gefunden.
Beim Forsthaus Fuchshüttel wurde die Leiche eines Erhängten in fast verwestem Zustande aufgefunden. Firmenzeichen in der Kleidung sowie zwei Fingerringe, die in den Kleidertaschen gefunden wurden, weisen darauf hin, daß der unbekannte Tote aus Dresden oder seiner Umgebung stammt.

Tschechischer Gendarm erschließt einen Subtendentischen.

Aus Troppau wird berichtet: Auf der ins preussische Gebiet führenden Gebirgsstraße geriet der 25jährige Subtendentische Reisler mit dem tschechischen Gendarmen Sebrle aus bisher unbekanntem Gründen in einen Wortwechsel. Als Reisler nach dessen Bemerkung auf der Straße weiterging, schoß der Gendarm aus seinem Dienstrevolver auf ihn und traf ihn in den Rücken. Der Gendarm behauptet, im Notwehr gehandelt zu haben. Diese Angabe erscheint vollkommen unglaubwürdig, da die Patronen-hülse in einiger Entfernung von der Leiche aufgefunden wurde.

Wie sind die deutschen Farben?

Neuer tschechischer Schildbürgerstreich.
In Mährisch-Odrau wurde ein von den deutschen Adipatisten der Stadt gestiftetes Grabdenkmal enthüllt. An dieser Feier nahm eine nach Tausenden zählende Menschenmenge teil. Obwohl die Feier nur kulturellen Charakter trug, hatte es die Polizeidirektion für nötig erachtet, die Festfreude durch eine Verhöhnung zu stören. Sie erließ hinsichtlich der Besetzung eine Verfügung, die unter anderem folgendes befaßt: „Gleichzeitig bewillige ich die Ausschmückung des Festplatzes mit den Staats-, Stadt- und (wie nachgeschickt worden war) deutschen Farben (mit Ausnahme der Farben Schwarz-Rot-Gold, Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Gelb), wobei bemerkt wird, daß die tschechische Staatsflagge an einem hervorragenden Platz angebracht werden muß.“ Es ergibt sich nun die Frage, welche Farben nunmehr in der Festschloßwache als deutsche Farben betrachtet werden dürfen. Der Festauschuß, der sich zur Lösung dieses Rätsels außerstande sah, mußte die Besetzung unterlassen.

